«Europa: EU-Binnenmarkt, EU-Politiken und die Schweiz»

Analysen und Einschätzungen zu Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt

Teil 1: EU-Binnenmarkt - EU: Rolle, Bedeutung, Wirkungen

Ruedi Meier
Dr. oec.publ./Raumplaner ETH-Z
Bürglenstrasse 35, 3006 Bern

Feedbacks an:
ruedimeier@bluewin.ch
Mehr Infos: www.ruedimeier.ch

Stand: 13. März 2025

Mitwirkung Redaktion:
Mark Wyler
Dr. oec. HSG
Welletenstrasse 23, 5023 Biberstein

Überblick - EU-Binnenmarkt, EU-Politiken, Bilaterale III, Podium.

1. EU-Binnenmarkt - EU: Rolle, Bedeutung, Wirkungen
    a) Definition, Dimensionen. Rechtliche Grundlagen. Schweiz/EU Handelsbeziehungen. Alternativen EU-Binnenmarkt?
    b) Entwicklung EU/USA Produktivität, Wachstum. Wohlfahrt: EU weltweite Spitzenplätze. Herausforderungen EU?
2. Die Forschungs-, Innovationspolitik der EU, Vergleich mit USA, EU
    a) Stand Innovationen EU, USA, China. Zentrale Technologien (DigTech, CleanTech) EU/China/USA.
    b) EU-Zugang kritische Rohstoffe? Forschungsprogramme, Innovationsförderung. Vorschläge zur Bewältigung EU-Innovationsdefizite.
3. Klima- und Energiepolitik der EU
    a) Weltweite, europäische Ausgangslage. Energie-Union. Strom-, Energie-Markt. Preise EU/USA.
    b) Green Deal 2019. Massnahmen: Fit for 55 bis 2030. Emissionshandel. Gebäuderichtlinien. Verordnungen Effizienz. Berichterstattung. Lieferkettengesetz. EU-Taxonomie. Mechanismus zum CO2-Grenzausgleich.
    c) Klimamassnahmen. Net-Zero-Industrie-Gesetz (NIZA).
4. Bilaterales Abkommen III
    a) Paketansatz Bilaterale III: Abschluss Verhandlungen CH/EU
    b) Zuwanderung – Unionsbürgerrichtlinie. Lohnschutz: Entsandte Arbeitnehmende
    c) Stromabkommen. EU-Programme/Horizon. Kohäsionsfonds. Institutionelle Elemente, Streitschlichtung
    d) Abstimmungs-Optionen zum Thema Bilaterale III
5. Podium mit Befürworter/Gegner «Bilaterales Abkommen III» mit hochkarätiger Besetzung:
    - Jean Daniel Gerber, ehem. Staatssekretär Seco und Direktor Bundesamt für Flüchtlinge, heute Staatssekretariat für Migration.
    - Heinrich Fischer, Präsident Steuerungsausschuss Kompass/Europa, Stiftungsrat ETH Foundation, Ex VRP Hilti-Gruppe, Vizepräsident Tecan, CEO Saurer Gruppe. Physiker, parteilos und liberal
    - Vorgehen: Einleitende Statements der Podiumsteilnehmer, Diskussion mit Fragen der Teilnehmenden.
    - Moderation Ruedi Meier

Inhalt Teil 1: EU-Binnenmarkt - EU: Rolle, Bedeutung, Wirkungen

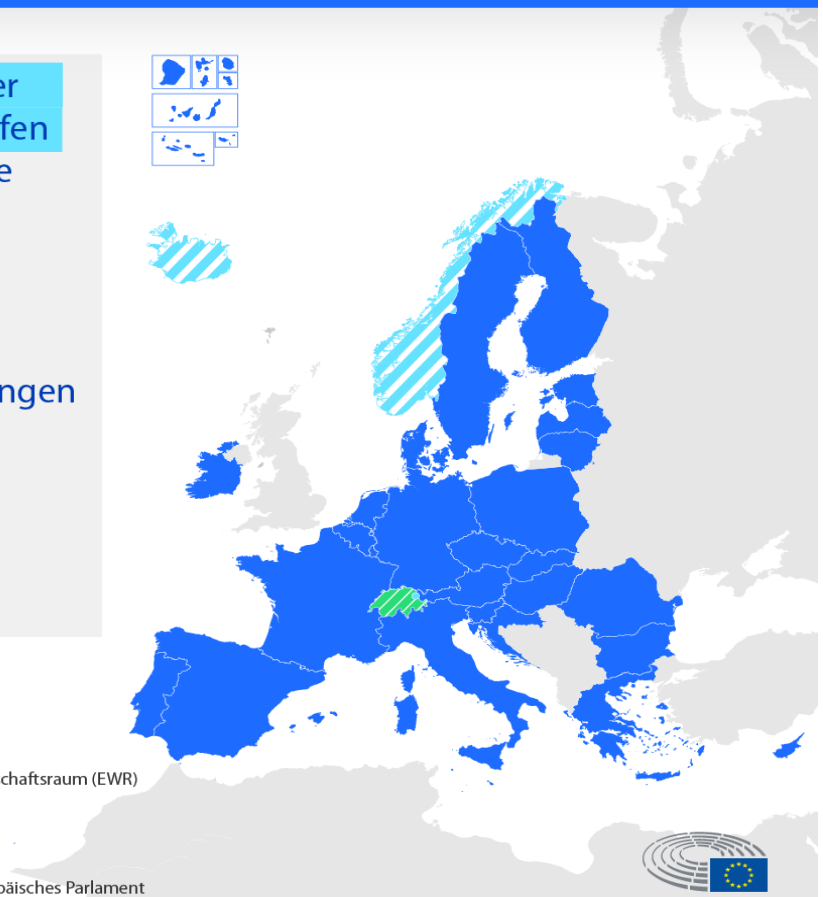
1. EU-Binnenmarkt: Definition, Dimensionen. Folien 4 - 8
2. EU-Verträge, Politikbereiche, Rechtsvorschriften/Normen. Folien 9 - 18
3. Schweiz/EU Handelsbeziehungen.
   Alternativen EU-Binnenmarkt? Folien 19 - 23
4. Entwicklung EU/USA Produktivität, Wachstum Folien 24 - 29
5. Wohlfahrt: EU-Spitzenplätze weltweit Folien 30 - 34
   Gesundheit, Bildung, Klima/Umwelt, Rechtsstaatlichkeit, Sozialer Ausgleich
6. Herausforderungen EU Folien 35 - 37
   Innovationen beschleunigen, neue Wachstumsmotoren finden.
   Hohe Energiepreise senken - Dekarbonisierung, Kreislaufwirtschaft.
   Reaktion auf instabile Geopolitik - Zunahme Protektionismus
7. Fazit Folie 38

EU-Binnenmarkt: Seit 1993. 4 Freiheiten. Europa ca. 500 Mio. Menschen. EU: 447 Mio. Menschen. EWG: Norwegen, Island, Lichtenstein. CH: Bilateral.

DER EUROPÄISCHE BINNENMARKT

Der Binnenmarkt, der 1993 ins Leben gerufen wurde, garantiert die Freizügigkeit von:

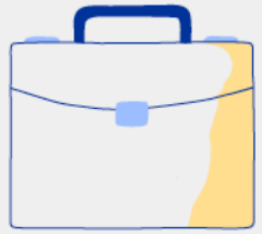
- Waren
- Dienstleistungen
- Kapital
- Menschen



Derzeitige Mitglieder:
- EU-Mitgliedstaaten
- Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR)
  Island Liechtenstein Norwegen
- Bilaterale Abkommen
  Schweiz

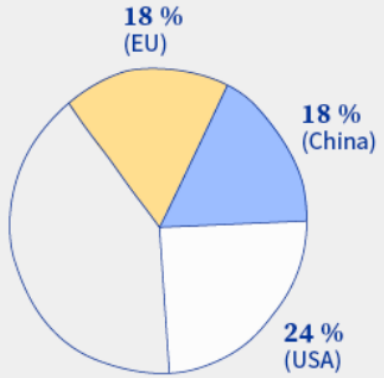
Quellen: Europäische Kommission und Europäisches Parlament

447
Millionen
Menschen



23
Millionen
Unternehmen

14 522
Mrd. € BIP



18 %
des weltweiten BIP
(in US-Dollar – Stand 2021)

EU-Binnenmarkt: 4 Freiheiten. Liberales Konzept. Optimale Faktorallokation.

Freier Personenverkehr:

- Wegfall Grenzkontrollen. Niederlassungs- und Beschäftigungsfreiheit.
- Diskriminierungsverbot: Kein Unionsbürger darf aufgrund seiner Staatsangehörigkeit benachteiligt werden.
- Harmonisierung Einreise-, Asyl-, Waffen-, Drogengesetze.

Freier Warenverkehr:

- Wegfall Grenzkontrollen. Zölle und mengenmäßige Beschränkungen sind unzulässig.
- Harmonisierung oder gegenseitige Anerkennung von Normen & Vorschriften: Öffnung nationaler Märkte mit besseren, breiteren, günstigeren Angeboten.

Freier Dienstleistungsverkehr:

- Liberalisierung Finanzdienste mit Harmonisierung Banken- und Versicherungsaufsicht.
- Öffnung der Transport- und Telekommunikationsmärkte.

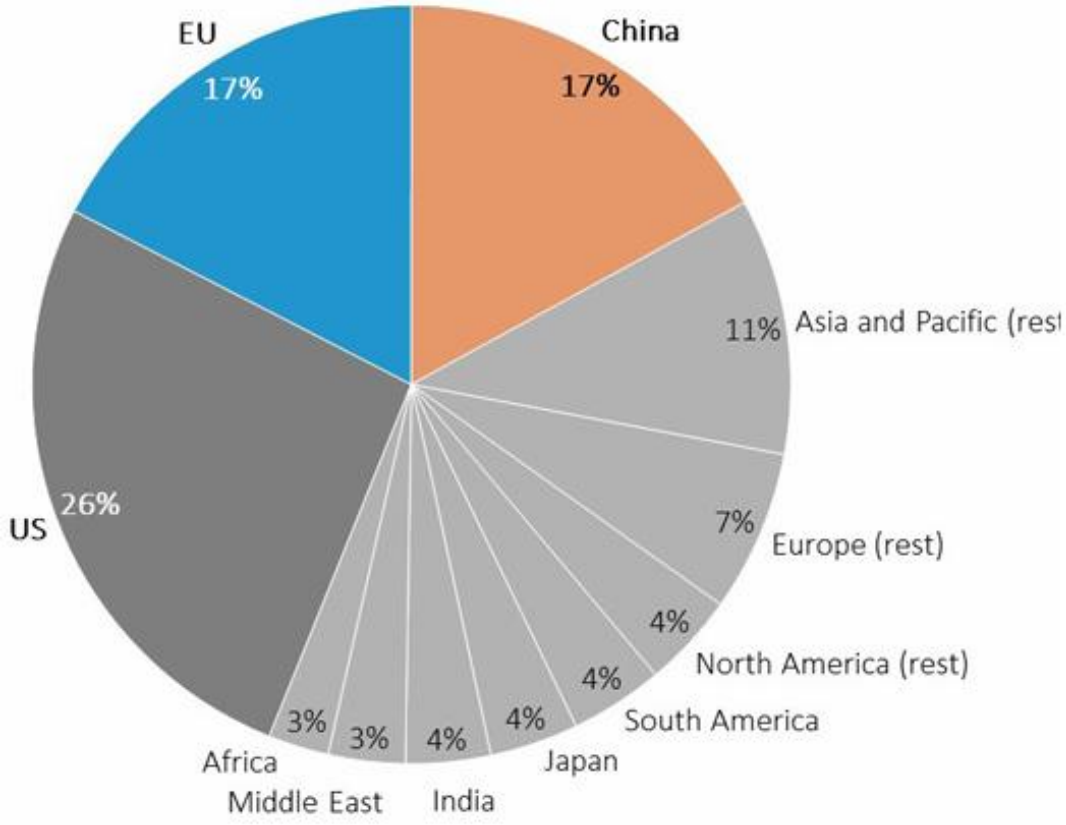
Freier Kapitalverkehr:

- Geld- und Kapitalflüsse unterliegen grundsätzlich keinen Restriktionen. Liberalisierung Wertpapierverkehr.
- Fiskal- und Geldpolitik werden verstärkt koordiniert.

Bruttosozialprodukt – BIP/GDP.
Rang 1: USA – Rang 2/3: EU, China. Bedeutung EU ↘

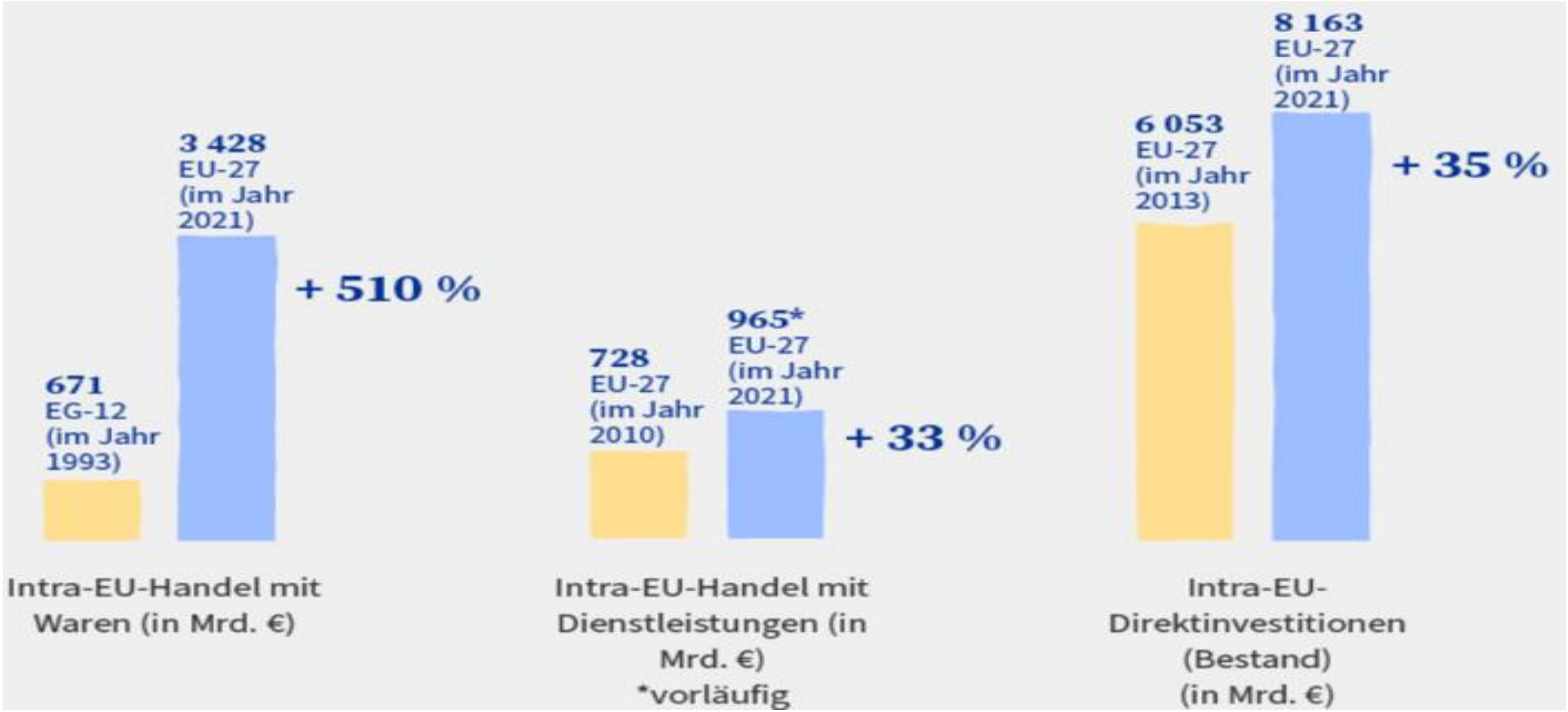
- EU: Wirtschaftliche Grossmacht
- EU-Bedeutung sinkt relativ:
  - Wachstumsschwäche
  - Schleppende Produktivitätszunahme
  - Zu wenig, keine Themenführerschaft in Schlüsseltechnologien.
- Risikobereitschaft: USA, China hoch, EU eher tief.
  - USA: Just do it, «naives» Vorgehen erfolgreich, wenn auch nur 1 von 10 Projekten.
  - China: strategisch agierender Staatskapitalismus
  - EU: 99 % Sicherheit mit Risikoabschätzung. Aktiv im Regeln mit Gefahrenabwehr.

FIGURE 1
Share of World
GDP at current prices,



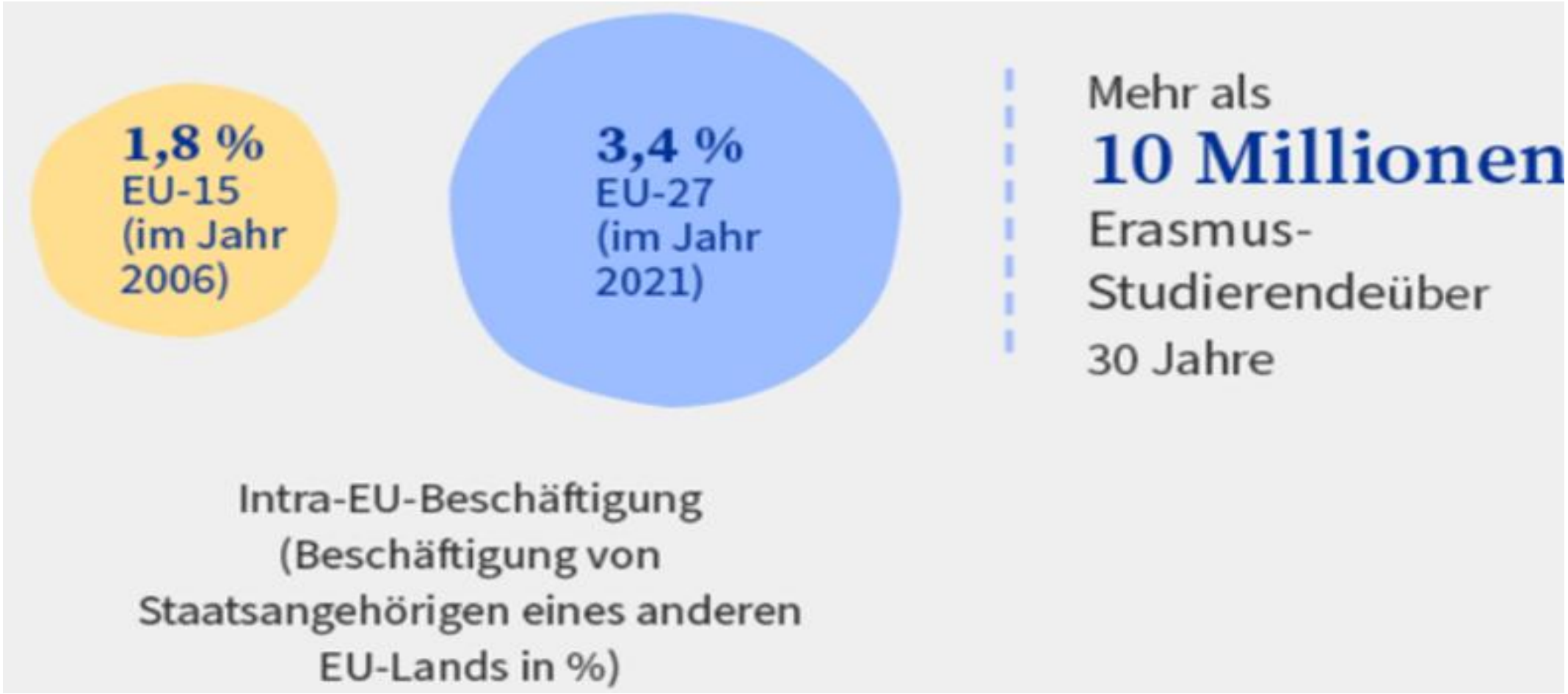
Source: IMF, 2024

Entwicklung: Waren- (1993), Dienstleistungsverkehr (2010) bis 2021. Intra-EU-Direktinvestitionen 2013 – 2021 in Milliarden Franken.



EU-Mobilität der BürgerInnen: Zunahme auf tiefem Niveau

- Anteil intra-EU-Beschäftigung relativ gering: 2006: 1.8%. 2021: 3.4%
- Studierende > 10 Millionen seit 1990.



EU-Verträge (Auswahl) – Basis von Rechtsstaat und Demokratie.

➔ Entwicklung von Wirtschaft zu Politik, Gesellschaft.

➔ Demokratisierung von der Kommission zum Rat und Parlament

- **Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS):** 1952 bis 2002. Positive Abhängigkeiten zwischen Kohle- und Stahlindustrie nutzen.
- „**Römer Verträge“ 1957/58** zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) der sechs Gründungsmitglieder (Benelux Staaten, Frankreich, Deutschland, Italien).
- **Einheitliche Europäische Akte (EEA):** 1986. Verwirklichung Binnenmarkt. Ausdehnung Entscheide mit qualifizierter Mehrheit.
- **Schengener Abkommen:** 1990/1995: Beseitigung Kontrollen an gemeinsamen Grenzen. Gemeinsame Visa. Gemeinsame Fahndungs-, Visa-Datei. Regelung freier Personenverkehr.
- **Vertrag über die Europäische Union – Vertrag von Maastricht:** 1992. Basis Europäische Währungsunion - Euro. Stärkung Politische Union: Unionsbürgerschaft, gemeinsame Außen- und Innenpolitik. Verstärkte Mitentscheidung EU-Parlament.
- **Vertrag von Lissabon** 2009. Klimapolitik mit einer Stimme. Mehr Befugnisse EU-Parlament. Ständige Präsidentschaft EU-Rat. Hohe Vertretung der Union für Außen- und Sicherheitspolitik.

EU-3 Säulen:
1. Europäische Gemeinschaft.
2. Gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik.
3. Zusammenarbeit im Bereich Justiz und Inneres.

EU-Binnenmarkt:
wichtiger, aber nur Teil der EU-Politik.

Europäische Union

Europäische Gemeinschaften (EGen)

Europäische Gemeinschaft (EG):

- Agrarpolitik
- Zollunion und Binnenmarkt
- Wettbewerbspolitik, Staatliche Beihilfen
- Strukturpolitik
- Handelspolitik
- Europäische Wirtschafts- und Währungsunion
- Unionsbürgerschaft
- Bildungspolitik und Kultur
- Forschungspolitik und Umweltpolitik
- Transeuropäische Netze
- Gesundheitspolitik
- Verbraucherschutz
- Sozialpolitik

Ab 1999 (Vertrag von Amsterdam), auch:

- Einwanderungspolitik
- Asylpolitik
- Schutz der EU-Außengrenzen
- Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen

EURATOM:

- Zusammenarbeit im Bereich Kernenergie

EGKS (bis 2002 eigene Organisation, danach wurden Aufgaben durch EG übernommen):

- Gegenseitige Kontrolle von Kohle und Stahl

Erste Säule

Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)

Außenpolitik:

- Kooperation
- Wahlbeobachter
- Friedenserhaltung
- Menschenrechte
- Demokratie
- Hilfe für Drittstaaten

Sicherheitspolitik:

- Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP)
- Abrüstung
- EU-Eingreiftruppe
- Wirtschaftliche Aspekte der Rüstung
- Europäische Sicherheitsordnung

Zweite Säule

Zusammenarbeit im Bereich Justiz und Inneres (ZJI, bis 1999)
Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (PJZS, ab 1999)

- Drogen- und Waffenhandel
- Menschenhandel
- Terrorismus
- Straftaten gegenüber Kindern
- Organisiertes Verbrechen
- Bestechung, Bestechlichkeit sowie Betrug

Bis 1999 (Vertrag von Amsterdam), auch:

- Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen
- Flankierende Maßnahmen zum freien Personenverkehr

Dritte Säule

EU-Rechtsvorschriften – Anzahl im Jahr 2024 erlassen

Grundsatz: EU-Verträge mit Rechtsakten umsetzen. Einige verbindlich, andere nicht. Alle, nur bestimmte EU-Länder.

Verordnungen: Verbindlicher Rechtsakt, alle EU-Länder müssen diese voll umsetzen. Z.B.: Abschaffung Roaming-Gebühren.

Richtlinien: Rechtsakt mit Zielen.
Umsetzung Sache der einzelnen Länder mit eigenen Rechtsvorschriften.
Z.B.: Bauprodukte-, Gebäuderichtlinien.

Beschlüsse: verbindlich, unmittelbar anwendbar für EU-Land, Unternehmen.

Empfehlungen: Nicht verbindlich.
EU-Institutionen äussern Ansichten, schlagen Maßnahmen vor.

Stellungnahmen: EU-Institutionen wie Kommission, Rat, Parlament, Ausschuss der Regionen, Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss äussern sich in unverbindlicher Form zu einem Sachverhalt.
Keine rechtliche Verpflichtung.

	Verabschiedete Rechtsakte	
	Basisrechtsakte	Änderungsrechtsakte
Rechtsakte – Ordentliches Gesetzgebungsverfahren		
Verordnungen des Europäischen Parlaments und des Rates	57	34
Richtlinien des Europäischen Parlaments und des Rates	22	26
Beschlüsse des Europäischen Parlaments und des Rates	3	4
Gesamt	82	64
Andere Rechtsakte		
Verordnungen des Rates	9	32
Richtlinien des Rates	2	1
Beschlüsse des Rates	360	126
Gesamt	371	159

Europäische Normen: Ein Dreh-/Angelpunkt des EU-Binnenmarkt.

VERORDNUNG (EU) Nr. 1025/2012 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES
vom 25. Oktober 2012

- EU-Binnenmarkt 1993:
  - Massive Reduktion von ca. 150’000 Nationalen Technischen Normen vor 1993 auf noch ca. 13’000 Normen.
- Normen, Vorschriften, Gebote:
  - Zentrales Steuerungsinstrument der EU: Interessengruppen stark involviert. «Kuhhandel» wie in der Schweiz als Prinzip.
  - Fiskalische Massnahmen (Steuern, Abgaben etc.) sind (sehr) limitiert, da Einstimmigkeit nötig ist.
- Kommission/EuGH überwachen Vollzug Binnenmarkt/Normen
- Anpassungen werden laufend geprüft.

Normen: Technische Anforderungen – Harmonisierte Normen

Technische Anforderungen (verbindlich).

Harmonisierte Normen (freiwillig) ca. 20 % aller europäischen Normen: Auftrag EU-Kommission an europ. Normungsgremium und von diesen verabschiedet:

- Europäisches Komitee für Normung (CEN)
- Europäisches Komitee für elektrotechnische Normung (CENELEC)
- Europäisches Institut für Telekommunikationsnormen (ETSI)

Achtung:

- Alle Länder – auch die USA – haben ein dichtes Normen-, und Regelwerk.

Gründe für Normen etc.:

- Technische Entwicklung, gleich lange Spiesse, Marktransparenz.
- Gesellschaftliche Ziele gewinnen an Bedeutung: Umwelt, Gesundheit, Sicherheit, sozialer Ausgleich etc.

Positive Effekte der EU-Regulierungen und Normen: EU- und weltweit

- **Höhere Verbraucher- und Umweltstandards weltweit**, z. B. in Bereichen wie Datenschutz (GDPR), Chemikalienregulierung (REACH) oder Produktsicherheit.
- **Erleichterung des Handels dank einheitlichen technischen Standards** innerhalb der EU und Drittländer, die EU-Standards übernehmen.
- **Umsetzung Nachhaltigkeit und Klimaschutz dank** EU-Vorgaben, z. B. effiziente Geräte, Fahrzeuge, Motoren, Prozesse, CO_2-Emissionshandel oder zur Kreislaufwirtschaft.
- **Technologische Innovation und Wettbewerbsfähigkeit** können gefördert werden und die globalen Märkte prägen.
- **Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und soziale Standards:** Etwa im Rahmen von Handelsabkommen setzt die EU oft Sozial- und Menschenrechtsstandard durch.

Binnenmarkt: Hohe Regelungsdichte – unvollendeter Binnenmarkt Quelle: Draghi Bericht Part A.

Kritische Feststellungen im Rahmen Draghi-Bericht

- **Hohe und wachsende** regulatorische Belastungen für EU-Unternehmen.
- **Fehlende Methodik** zur Bewertung der Belastungen.
- **EU-Kommission will** „Bestand“, „Zufluss“ von Regulierungen **verringern: Bisher begrenzte Resultate**.
- Umfangreiche Regulierungen der **EU wachsen schneller als z.B. USA, 2019–2024**.
  - US Bundesebene/Kongress rund 3.500 Gesetze und etwa 2.000 Resolutionen beschlossen.
  - EU rund 13.000 Rechtsakte erlassen.

Drei Hauptprobleme für EU-Unternehmen gemäss Analyse Draghi:

1. **Häufige Änderungen** mit **Überschneidungen** und **Inkonsistenzen:** Bei 13 EU-Rechtsvorschriften wurden 169 überlappende Anforderungen mit Differenzen (29 %) und direkten Widersprüchen (11 %) festgestellt.
2. Zusätzliche Belastungen durch die **nationale Umsetzung mit speziellem Finish ("Gold Plating"): Abweichende Anforderungen und Standards mit nur beschränktem EU-Binnenmarkt**.
3. **KMU, kleine Mid-Caps** im Vergleich zu größeren Unternehmen **übermässig belastet**.

Exkurs: Regulatorische Hürden beim Skalieren im Technologiesektor - Hohe Betroffenheit für junge Unternehmen

- Erstens schrecken **komplexe und kostspielige Verfahren in fragmentierten nationalen Systemen** Erfinder davon ab, **geistige Eigentumsrechte (IPRs) anzumelden**, was junge Unternehmen daran hindert, den Binnenmarkt zu nutzen.
- Zweitens **bremsen EU-Regelungen Innovationen**: Etwa 100 technologiebezogene Gesetze, über 270 Regulierungsbehörden:
  - Vorsorgeprinzip: Geschäftspraktiken werden im Voraus vorgeschrieben, um potenzielle Risiken zu vermeiden.
- Drittens werden digitale Unternehmen davon abgehalten, innerhalb der EU über **Tochtergesellschaften tätig zu werden**, da sie mit **heterogenen Anforderungen**, einer **Vielzahl von Regulierungsbehörden** und der sogenannten „Übererfüllung“ („**Gold Plating**“) von EU-Vorschriften durch nationale Behörden konfrontiert sind.
- Viertens führen **Beschränkungen bei der Speicherung und Verarbeitung von Daten zu hohen Compliance-Kosten** und behindern die **Schaffung großer, integrierter Datensätze für das Training von KI-Modellen**. Diese Fragmentierung benachteiligt europäische Unternehmen im Vergleich zu den USA, die sich auf den Privatsektor zur Erstellung umfangreicher Datensätze stützen, und China, das zentrale Institutionen für die Datenaggregation nutzen kann.
- Dieses Problem wird noch dadurch verschärft, dass die **EU-Wettbewerbspolitik** möglicherweise die innersektorale Zusammenarbeit hemmt.
- Schließlich führen die **unterschiedlichen nationalen Vorschriften im Bereich der öffentlichen Beschaffung** zu hohen laufenden Kosten für Cloud-Anbieter.

Fazit: Nur größere Unternehmen – die oft nicht in der EU ansässig sind – haben finanzielle Mittel und Anreize für rasches Wachstum. Junge innovative Technologieunternehmen entscheiden möglicherweise gegen ein Engagement in der EU.

EU will Reformen bei Regulierungen, Normen: Vereinfachungen realisieren. „Acquis communautaire“ straffen.

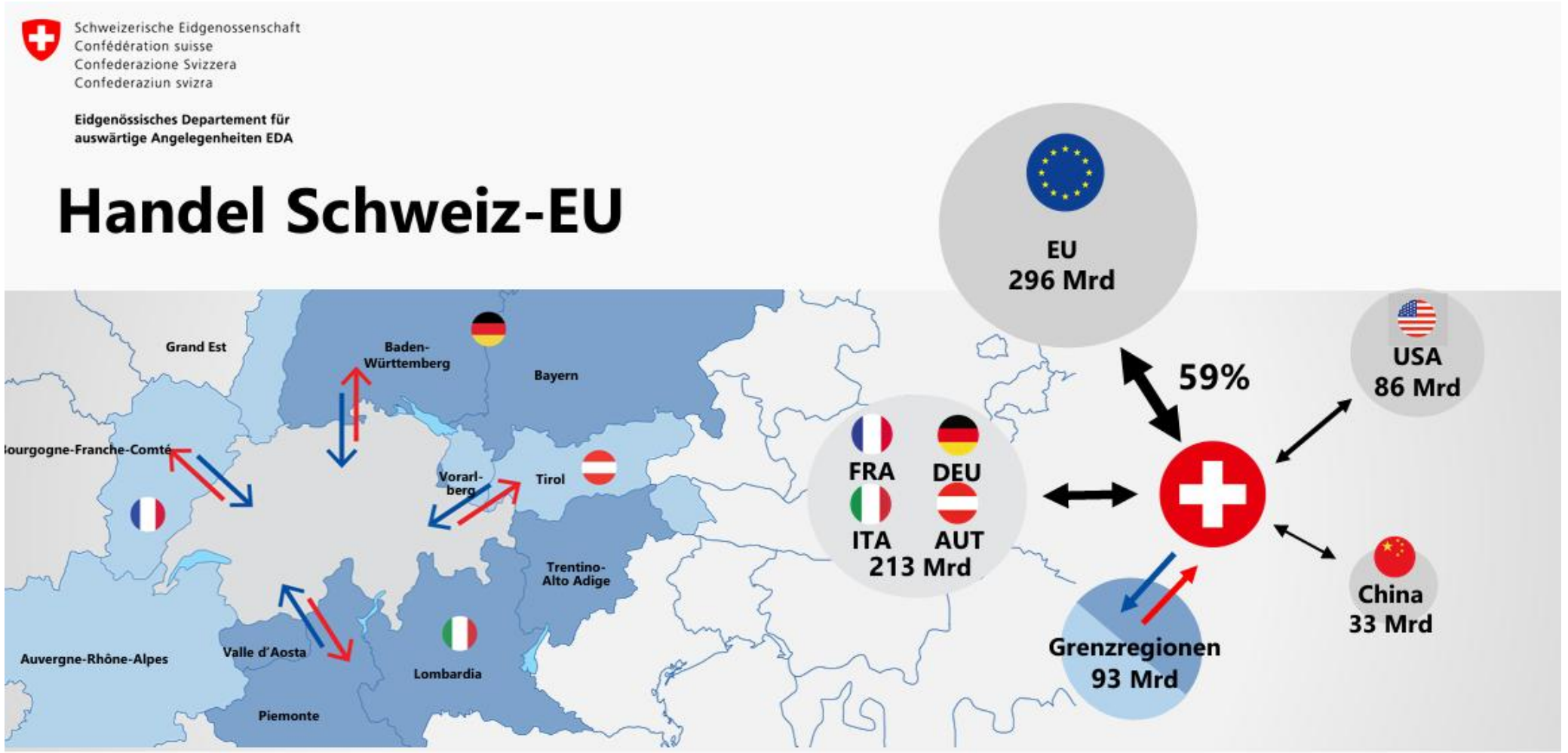
Quelle: Draghi Bericht Part A.

1. Einheitliche, klare **Methodik** zur Quantifizierung von Kosten/Nutzen neuer Regulierung einführen.
2. **Wirtschaftsrecht vereinfachen**: Überschneidungen und Widersprüche beseitigen.
3. **Stärken der Taskforce** für die Durchsetzung des Binnenmarktes (SMET).
4. **Durchsetzungs- und Vollzugsbehörden der EU-Mitgliedstaaten** sollen gestrafft und zusammengelegt werden.
5. Die **Belastung für KMU soll bis zu 50 % gesenkt** werden.
6. **KI** soll zur **Senkung der Vollzugskosten** für KMU beitragen.
7. Einführung von **harmonisierten Berichtsvorlagen**, Mindestberichtsschwellen sowie zentralisierte Meldepflichten mit mehrsprachigen Schnittstellen.

Kommentar zum Thema «Normen», insbesondere in Bezug Bericht Draghi.

1. Das Thema ist wichtig und es **Bedarf der systematischen Analyse** und politischen Optimierung. Dafür sind **methodisch, analytische Verbesserungen** vordringend.
2. Das Thema **«Normen» unterliegt der «Empörungspolitik»** (analog etwa Migrationsfrage) ohne effektive Verbesserungen anzustreben: In einer komplexeren Welt mit zunehmender Entfremdung wird mit Empörung politisches Kapital zugunsten des eigenen politischen Einflusses inszeniert.
3. **Normen sind für alle Märkte notwendig**. Unregulierte Märkte sind eine Fiktion: Eigentums- und Handelsrechte mit Nomren sind immer notwendig.
4. Die **«Zahl der Normen**» ist nicht unbedingt ein geeigneter Indikator für die Beurteilung von Normen. Vielmehr sollte es um Zweckmässigkeit, Wirksamkeit, Kosten/Nutzen-Verhältnis etc. von Normen gehen. Die Normen alleine sagen über Wirkungen, Nutzen etc. noch wenig aus. Zudem ist die **effektive Anwendung und Durchsetzung** von Normen zu beachten: Klagemöglichkeiten, mehrstufige Verfahren, zeitliche Befristungen etc. spielen eine entscheidende Rolle.
5. Mit Normen können **öffentliche Güter** (Gesundheit, Umwelt, Gerechtigkeit etc.) im Rahmen von Marktprozessen und Marktergebnissen geschützt und/oder geschaffen werden. Es werden **Mehrwerte** geschaffen.
6. Normen sind sehr wohl geeignet, **Güter und/oder Dienstleistungen zu skalieren**, das heisst deren Verbreitung in Märkten rascher zu diffundieren. Einheitliche Normen sind vielfach für **Marktexpansionen** nicht nur sinnvoll, sondern sogar notwendig. Die EU-Normierung leidet vielfach an immer noch zu vielen länderspezifischen Ausgestaltungen von Normen. Der **Binnenmarkt ist teilweise zu wenig einheitlich ausgestaltet**, was für eine breite Marktentfaltung nötig wäre. Jüngstes Beispiel ist etwa die Anwendung der KI.
7. **Inventionen und Innovationen sind mit Normen kaum zu bewirken**. Es sind in der Regel auch nicht nur einzelne Akteure, die Inventionen und Innovationen hervorbringen. Vielmehr sind dafür ein **Geflecht von Akteuren bzw. Cluster** notwendig, die vielfach von **öffentlichen Stellen** in einem hohen Ausmass alimentiert werden. **Zentrale Inventions- und Innovationsprozesse sind nicht nur marktgesteuert.**

Schweiz – EU: Handelsbeziehungen mit EU, Grenz-Länder-, Regionen, China, USA.



Alternativen: Ökonomische Integrationsstufen – Einordnung: Freihandelszone – Zollunion – Europäischer Binnenmarkt – Währungsunion

	Freihandels-zone	Zollunion	Binnenmarkt	Währungs-union
Merkmale	(EFTA, NAFTA)	(Mercosur)	(EU, AEC[3])	(Eurozone)
Beseitigung von Zöllen für innerhalb der Zone erstellte Güter	✓	✓	✓	✓
Beseitigung tarifärer Handels-hemmnisse innerhalb der Zone	✓	✓	✓	✓
Gemeinsame Zollpolitik gegenüber Drittländern		✓	✓	✓
Abbau nichttarifärer Handels-hemmnisse			✓	✓
Abbau von Hemmnissen bzgl. Mobilität, Niederlassung etc.			✓	✓
Einführung einer gemeinsamen Währung				✓

Autonomer Nachvollzug des EU-Rechts durch die Schweiz ab 1992

ca. 70-80% des EU-Rechts (Schätzung Prof. Oesch) **wird von der Schweiz übernommen.**
- Sicherstellung der **Europaverträglichkeit** der Schweizer Rechtsordnung.
- Neue Gesetze und Verordnungen **müssen auf Verträglichkeit mit EU-Recht überprüft** werden (Art. 141 Abs. 1 lit. a ParlG aus dem Jahre 2002).

Gründe:
- **Handelshemmnisse** reduzieren
- **Wettbewerbsfähigkeit** erhöhen mit Minimierung bürokratischer Aufwand.
- Ursprünglich: Weg für einen **Beitritt zum EWR bzw. EU ebnen**.

Ausmass:
- Der Autonome Nachvollzug ist der **Regelfall** auf Bundesebene.
- **Maximale Europakompatibilität des Schweizer Rechts wird angestrebt**. «Das EU-Recht ….beansprucht als ‹Leitrechtsordnung› systembedingt eine Vormachtstellung.»
- Das Ausmass der Rechtsübernahme wird von der Bundesverwaltung **nicht erhoben**.

Beurteilung:
- Die autonome Rechtsübernahme wird in der politischen Diskussion totgeschwiegen: **Mit Lebenslügen lebt's sich besser**!
- Im Prinzip handelt es sich um eine **Satellitisierung ohne Mitsprache**, die einem **souveränen Staat unwürdig** ist.

Bilaterale III – Alternativen für die Schweiz? Bundesrat prüft.

- **Bilaterale III:** Laufende, beschränkte Rechtsübernahme im Bereich der Bilateralen Verträge mit geregelten Verfahren. Die Beziehung zur EU wird normalisiert unter voller Wahrung der Demokratie und Souveränität. Kohäsionsbeitrag 350 MCHF.
- **Status quo mit bilateralen Abkommen:** Die bestehenden bilateralen Abkommen erodieren. Zugang zum Binnenmarkt wird limitiert und erschwert.
  Gefahr von Rechtsunsicherheit, unschönen Erpressungen und Isolation nehmen zu.
- **Beitritt EU:** Volle Übernahme „Acquis communautaire“: Anpassungen MwSt., Bankgeheimnis, Sozial-, Umwelt-Standards etc.. Übernahme Euro offen.
  Abgabe von Kompetenzen. Volle politische Mitbestimmung.
- **Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR):**
  Voller Zugang EU-Binnenmarkt: Verpflichtung zur Übernahme relevante EU-Gesetzgebung.
- **Modernes Freihandelsabkommen:** Der Handel wird aufrecht erhalten.
  Der Zugang zum EU-Binnenmarkt wird erschwert. Isolation in Europa, Rechtsunsicherheit, unschöne Erpressungen der EU nehmen zu.

EU-Beitritt: Übernahme „Acquis communautaire“

Definition: "Acquis communautaire„:

- Gesamtes rechtliches Regelungsgefüge der EU:
  - Grundsätze und politische Ziele der Verträge
  - Verordnungen, Richtlinien, Empfehlungen und Beschlüsse, die von den EU-Organen erlassen werden.
  - Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs.
  - Nicht nur Gemeinschaftsrecht im engeren Sinne, sondern auch alle Rechtsakte im Rahmen des zweiten und dritten Pfeilers der Union.

Beitritt zur EU:

- "Acquis communautaire" muss akzeptiert und in Gesetzgebung aufgenommen werden.
- Konsequenzen für die Schweiz: Anpassung Satz MwSt., Bankgeheimnis, Sozial-, Umwelt-Standards etc.

Besitzstand des "Acquis communautaire" entwickelt sich ständig weiter.

EU-Arbeits-Produktivitätswachstum (BIP dividiert durch Anzahl Arbeitsstunden): Vergleich EU/USA 1890-2022.

Nach 2. Weltkrieg holt EU gegenüber USA massiv auf: Von 22 % US-Niveau 1945 auf 95 % 1995.
Seit 1995 bis 2022 auf 80 % des US-Niveaus zurückgefallen. Impulse von wachsender Erwerbsbevölkerung fallen weg.

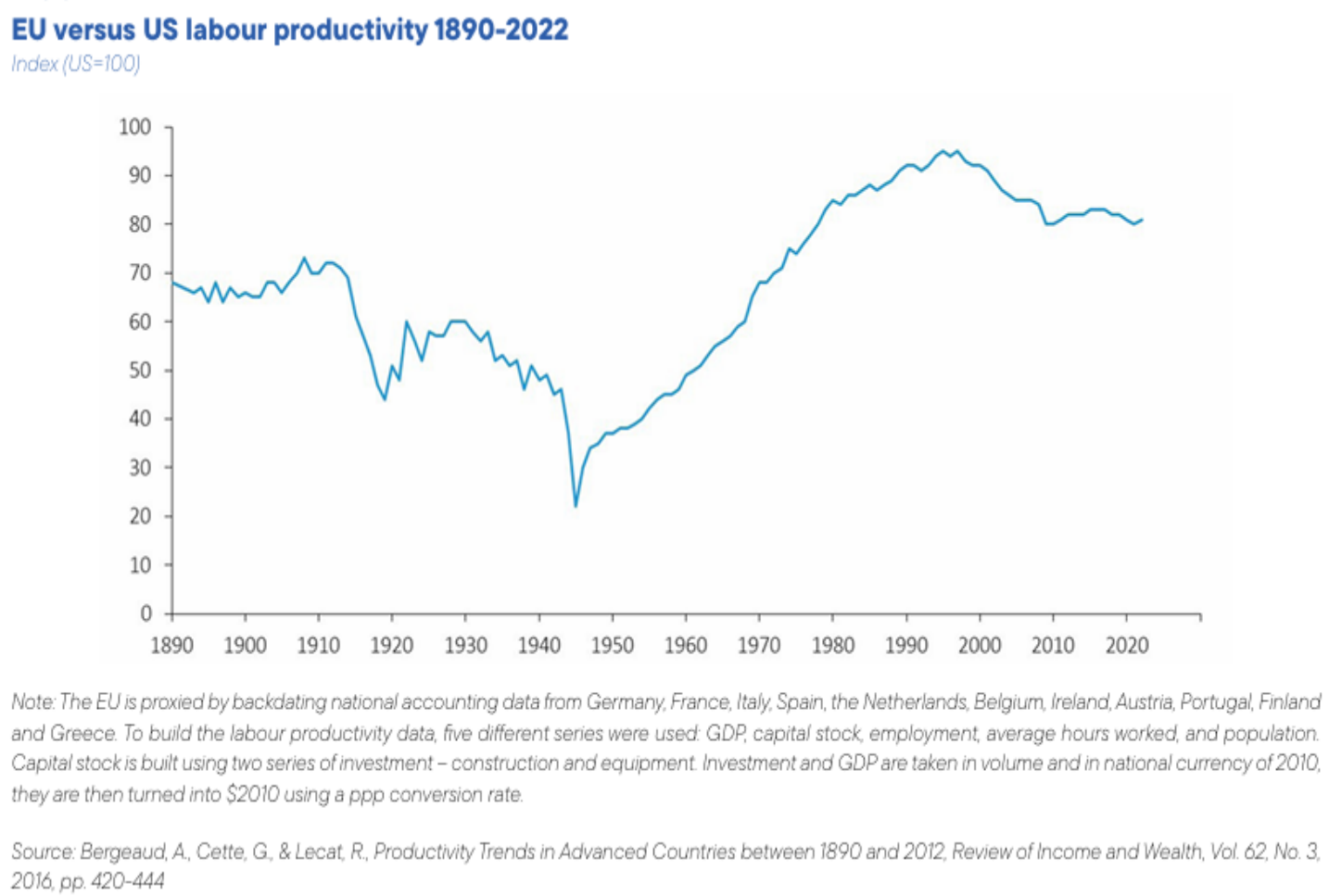
Zukunftsaussichten:

- Bis 2040 schrumpft EU-Erwerbsbevölkerung jedes Jahr um ca. 2 Millionen Personen.
- Verhältnis Erwerbstätige zu Rentner sinkt von etwa 3:1 auf 2:1.
- Um das BIP/Jahr bis 2050 konstant zu halten, braucht es ab jetzt ein durchschnittliches Wachstum der Arbeitsproduktivität von 0,7 %

Grosse Verteilungskonflikte zu erwarten:

- Weiter steigende öffentliche Verschuldung
- Zusätzliche Ausgaben nötig für
  Dekarbonisierung
  Digitalisierung
  Verteidigung.

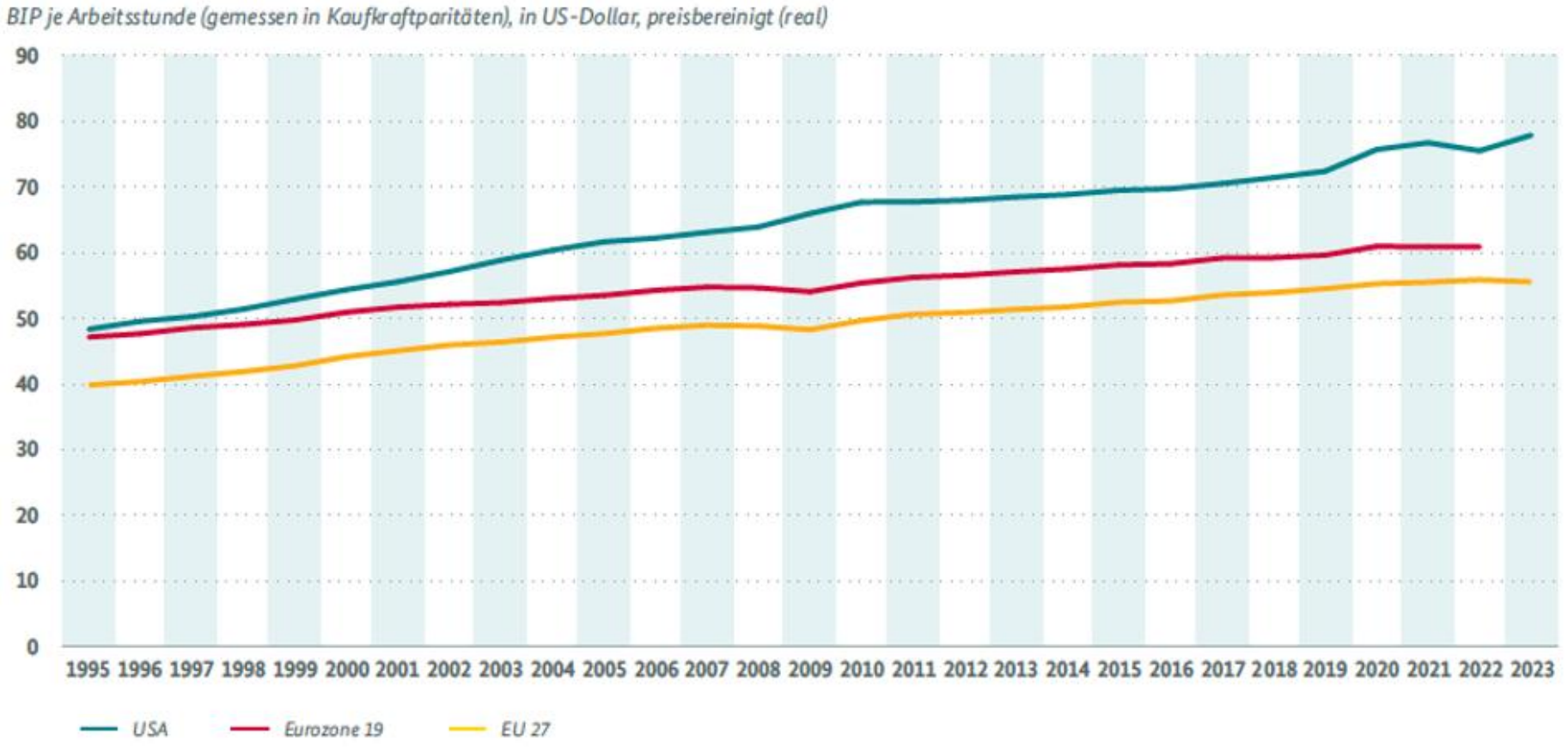
Können alle Ziele verfolgt bzw. erreicht werden?



Note: The EU is proxied by backdating national accounting data from Germany, France, Italy, Spain, the Netherlands, Belgium, Ireland, Austria, Portugal, Finland and Greece. To build the labour productivity data, five different series were used: GDP, capital stock, employment, average hours worked, and population. Capital stock is built using two series of investment – construction and equipment. Investment and GDP are taken in volume and in national currency of 2010, they are then turned into $2010 using a ppp conversion rate.

Source: Bergeaud, A., Cette, G., & Lecat, R., Productivity Trends in Advanced Countries between 1890 and 2012, Review of Income and Wealth, Vol. 62, No. 3, 2016, pp. 420-444

Produktivität EU/USA ab 1995: Starke Spreizung aufgrund u.a. Tech-Revolution. Relevanz BIP? Steigerung BIP bei mehr Kohle, Gas, Erdöl, Strassenverkehr, Umweltzerstörung, Rüstung, Gefängnissen.

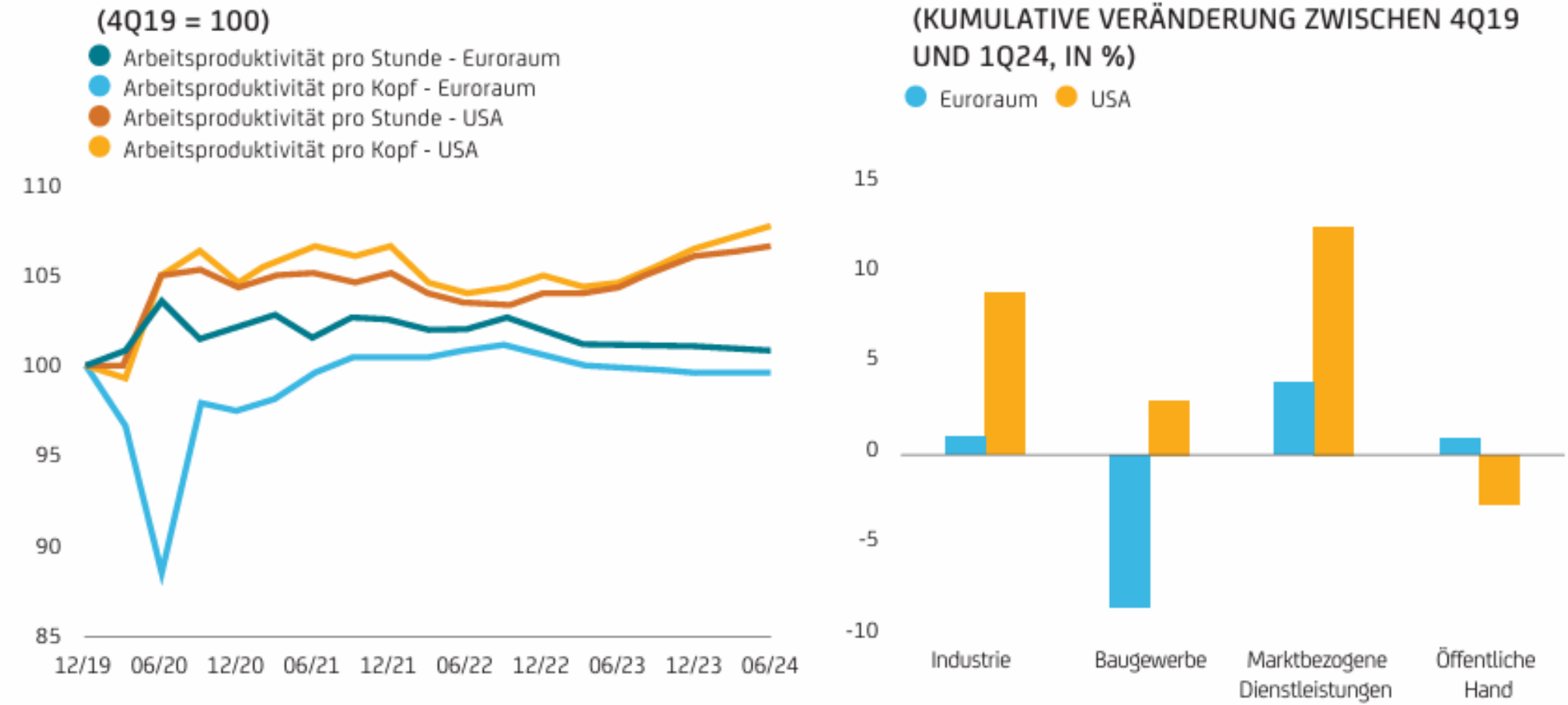


* Die Berechnung der Produktivitätslücke erfolgt im Draghi-Bericht aufgrund des lange zurückreichenden historischen Vergleichs nur für eine Auswahl von EU-Ländern. Auf Basis der OECD-Daten für alle EU- bzw. Eurozonenländer ergeben sich daher etwas abweichende Zahlen für das Produktivitätsverhältnis zu den USA.

Quelle: OECD

Stagnierende Produktivität EU 2019-2024.
Zunahme USA Index um ca. 8 Punkte.

1. „PRODUKTIVITÄTSLÜCKE“ ZU DEN USA IST GRÖSSER GEWORDEN



Quelle: Eurostat, Bureau of Economic Analysis and Bureau of Labour Statistics, EZB, UniCredit Group Investment Strategy

Herausforderungen: EU-Wachstumsschwäche im Vergleich mit USA und China

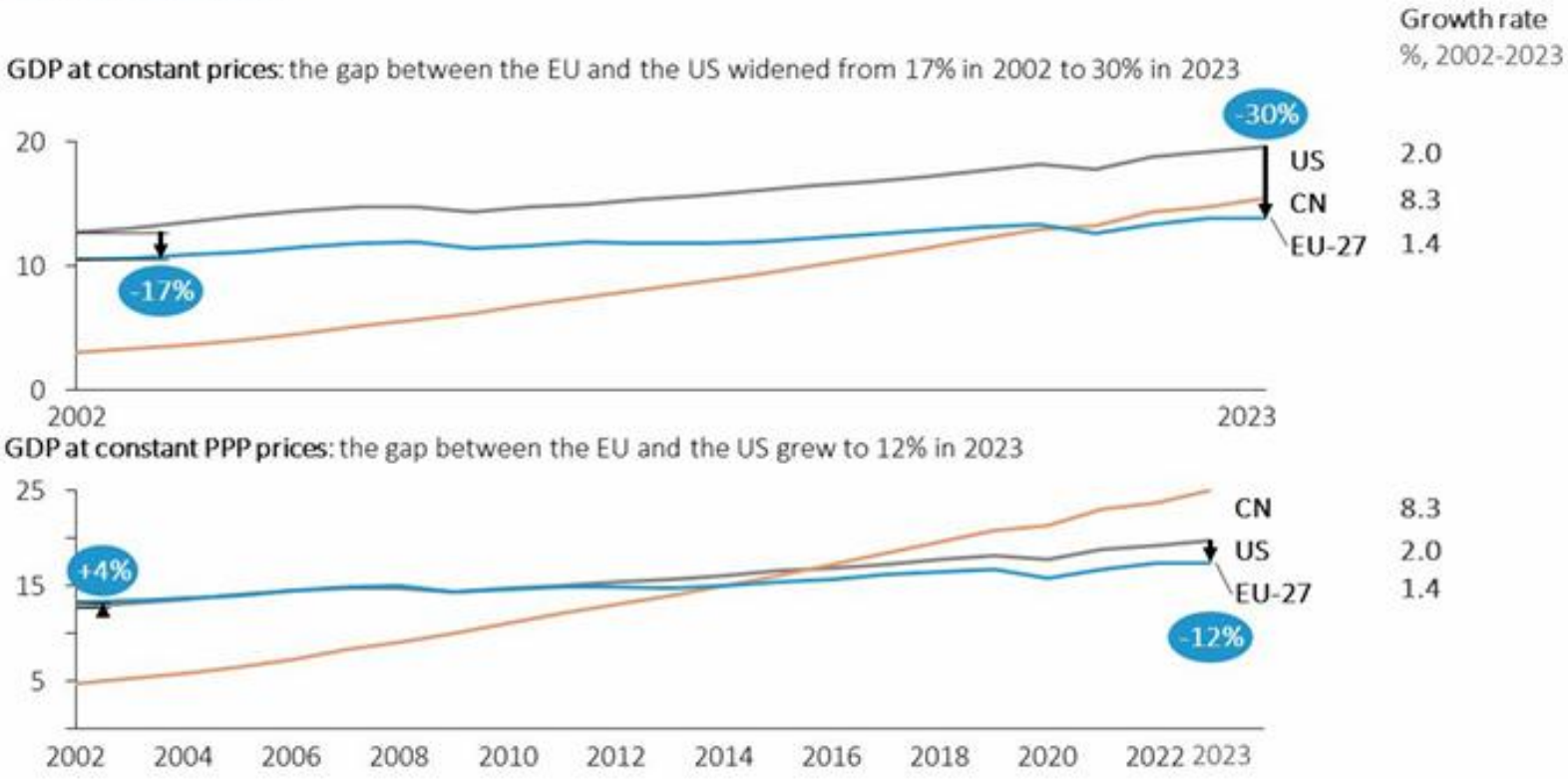
- **USA/EU - BIP/2002:** Anstieg der Differenz von Minus 17% auf Minus 30% im Jahr 2023.
- **USA/EU - BIP Kaufkraft (PPP):** Anstieg der Differenz von Plus 4% auf Minus 12 % im Jahr 2023.

(in Bio EUR)

FIGURE 3

GDP evolution

2015 reference levels, in EUR trillion



Source: OECD, 2024.

02. The value of the gap in GDP in any given year is only indicative. It should not be viewed as an exact estimate as price deflators and purchasing power adjustments are imperfect. When comparing GDP developments across countries, the price deflator and exchange rate have an important effect on results. Depending on the objective of the comparison, one or the other indicator may be more relevant. GDP at current prices offers insights into market value, GDP at constant prices into volume growth, while purchasing power adjustment allows a comparison from the consumer perspective.

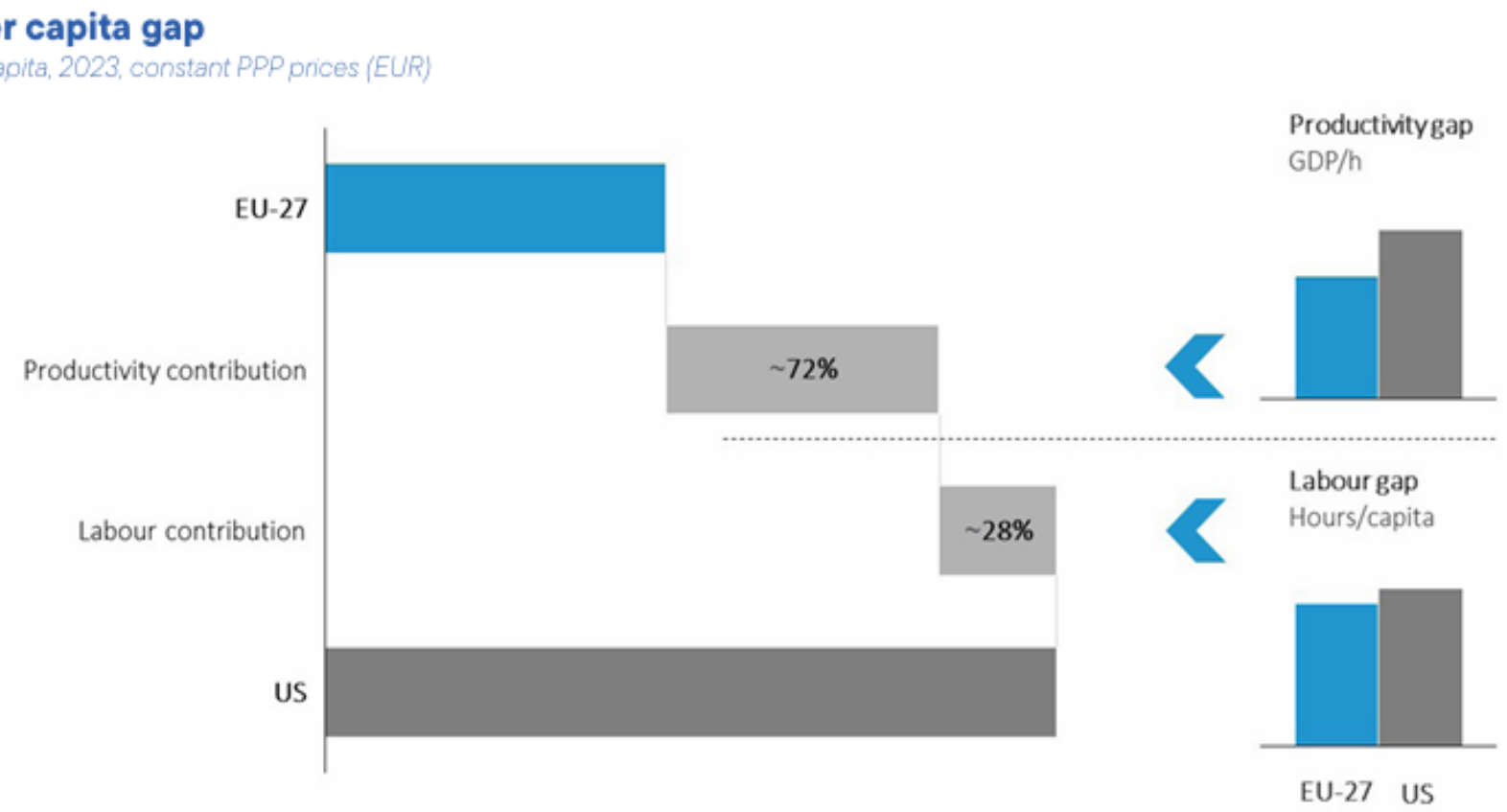
BIP pro Kopf 2023 in Kaufkraftparität (PPP)

USA fast 3 Mal höher als EU-27 (USA = 100% grauer Balken unten EU-27 = gut 30% (blauer Balken oben).

- Gründe: 1. Geringere Produktivität der EU erklärt 72 % der Lücke (in KKP).

2. 28% sind auf die höheren Arbeitszeiten der USA zurückzuführen.

Das real verfügbare Einkommen pro-Kopf ist in den USA seit dem Jahr 2000 fast doppelt so stark gewachsen wie in der EU.

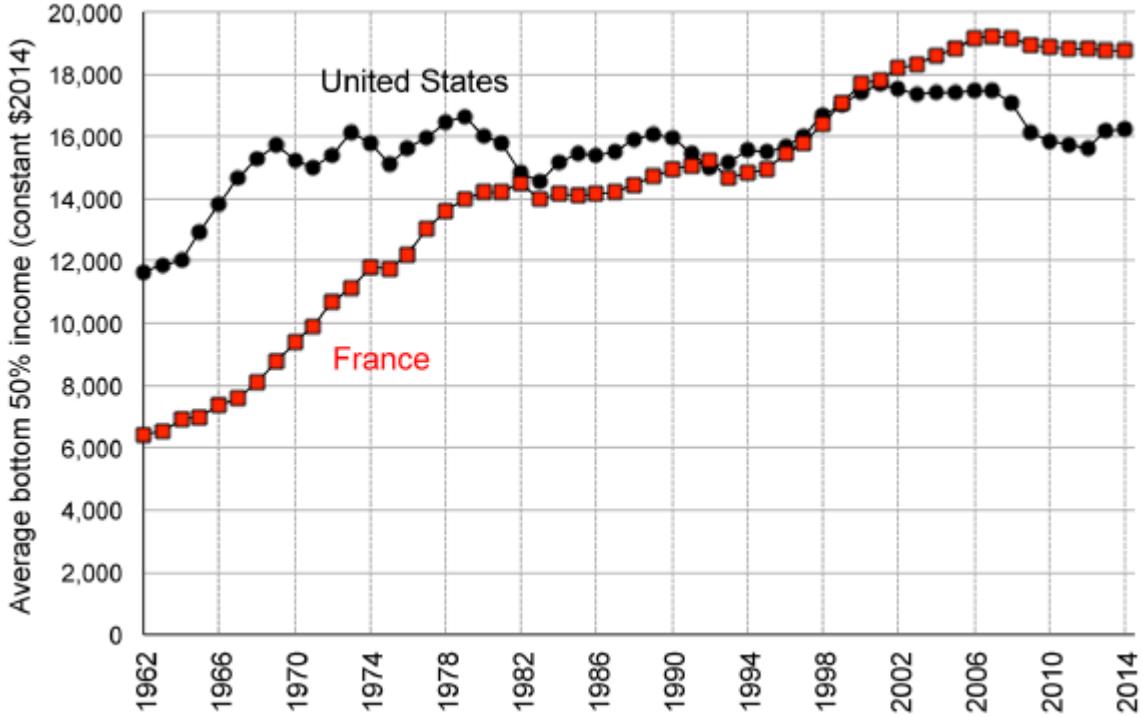


Source: AMECO, 2024.

Real verfügbare Einkommen pro-Kopf: USA/Frankreich. 1962-2014. Neuere Daten sind zu diesem Thema nicht bekannt.

- Aufgrund der zunehmenden Ungleichheit der Einkommensverteilung in den USA stagnieren die Realeinkommen der "unteren 90%" der Bevölkerung seit den 70er Jahren (Administration Nixon).
- Die Abbildung zeigt den Vergleich für das Einkommen vor Steuern der "unteren 50%" in den USA von 1962 – 2014 gegenüber Frankreich.
- Der reale Minimallohn (kaufkraftbereinigt) vervierfachte sich in Frankreich während dieser Zeit, während er in den USA um 10% sank.
- Ein Hauptgrund dafür ist, dass die Löhne in Europa besser mit dem Produktivitätswachstum mithalten konnten als in den USA, wo die realen Stundenlöhne von 1973 bis 2013 nur um 9% gewachsen sind, während sich die Produktivität um 74% verbesserte.

Quellen: Europa: Convergence to fair wage growth?
USA: EPI Wage Stagnation in Nine Charts
World Inequality Report WIR, Seite 279



Average Bottom 50% Pretax Income: United States versus France
The figure depicts the average pretax national income of the bottom 50% adults from 1962 to 2014 in the United States and France. The unit is the individual adult and incomes within married couples are split equally. Series for France are expressed in 2014 U.S. dollars using a purchasing power parity exchange rate of 0.819 euros per US$1 as estimated by the OECD. Estimates for France are from Garbinti, Goupille, and Piketty (2017). Quelle: Seite 605

EU-Spitzenplätze im Weltranking:
Gesundheit, Bildung, Klima/Umwelt, Rechtsstaatlichkeit, Ausgleich

- Gesundheit:
  - Höchste Lebenserwartung, niedrigste Säuglingssterblichkeit
- Bildung:
  - Hohe Bildungsbeteiligung und Standard. 33% Erwachsene mit Hochschulabschluss.
- Klima/Umwelt:
  - Führend in Nachhaltigkeit, Umweltschutz, Umweltstandards, Kreislaufwirtschaft.
  - Ambitionierteste globale Dekarbonisierungsziele.
- Rechtsstaatlichkeit:
  - 8 EU-Mitgliedstaaten auf den 10 ersten Spitzenplätzen weltweit
- Ausgleich Löhne, Einkommen, Vermögen relativ positiv.

Beispiel Gesundheit: Lebenserwartung USA, China, EU, EU-Länder:

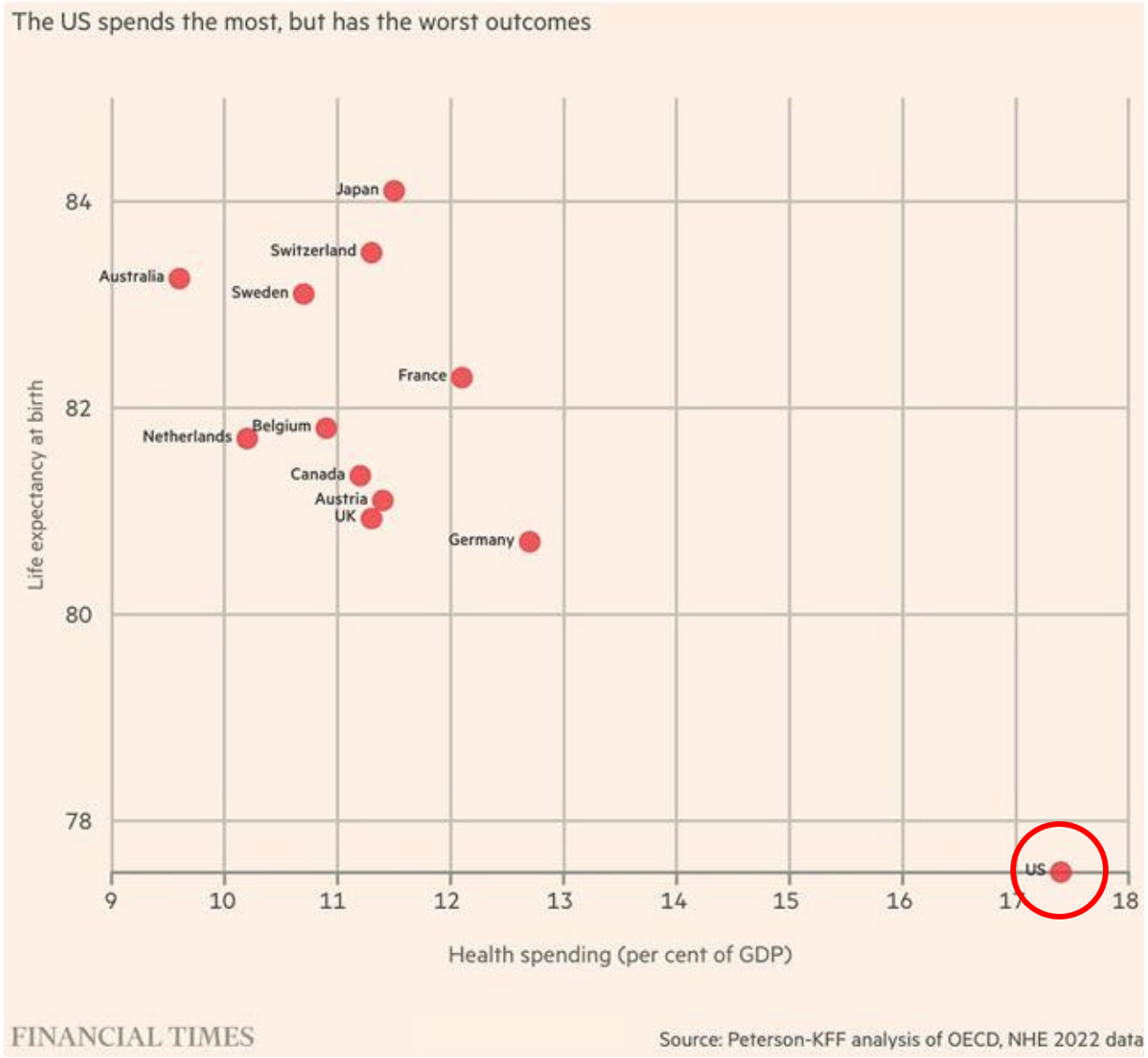
In Jahren

- USA: 76.1 (2021)
- China: 78 (2023)

EU: Grosse Unterschiede

- Durchschnitt: 80,6 Jahre (2022)
- Frauen: 83,3 (2022)
- Männer: 77,9 (2022)

Gesundheitskosten USA:
ca. 50% höher als EU.

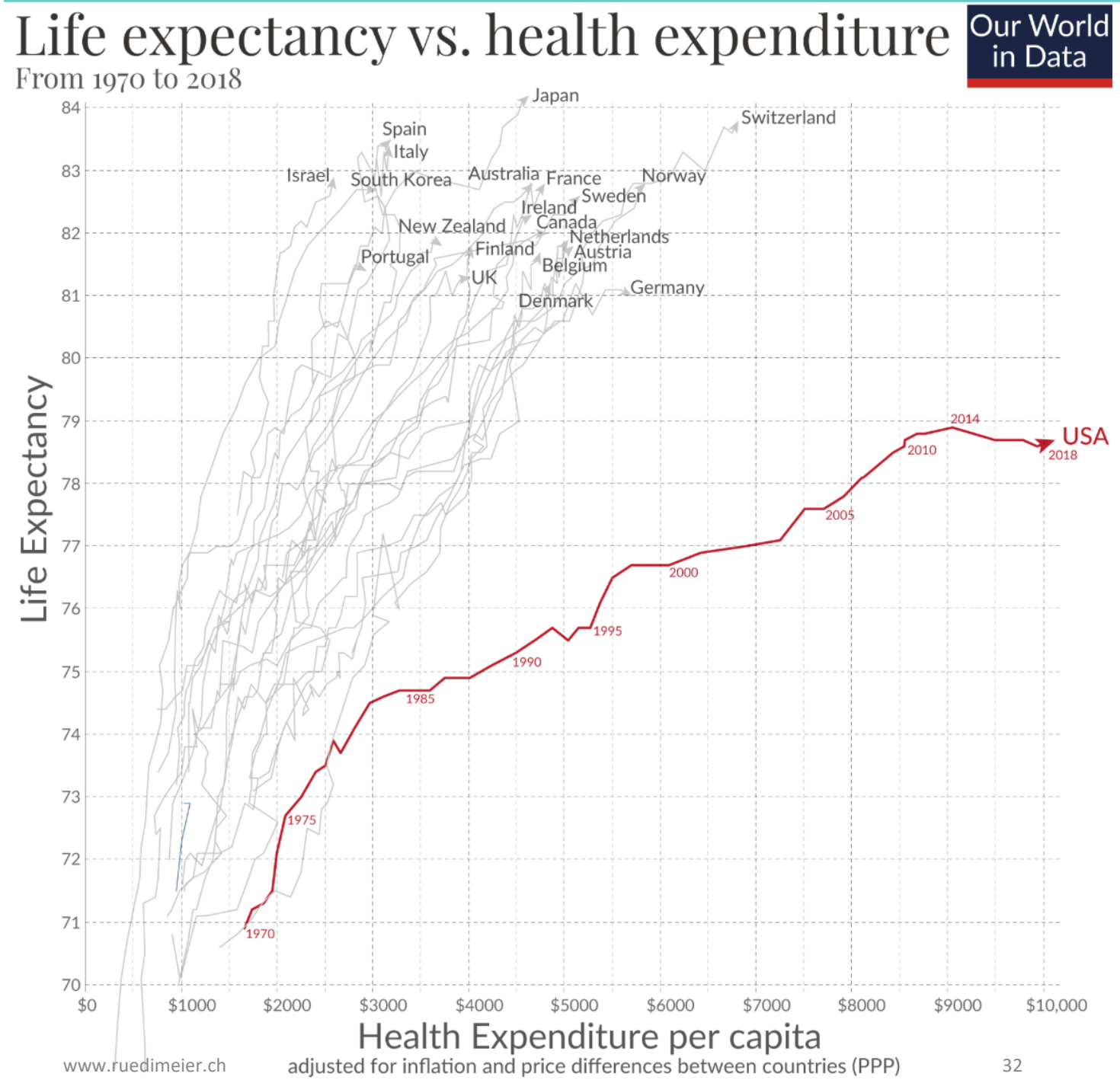


USA: gegenüber anderen reichen Ländern stark abweichende Entwicklung der Lebenserwartung

Viele Gründe für diese Entwicklung:

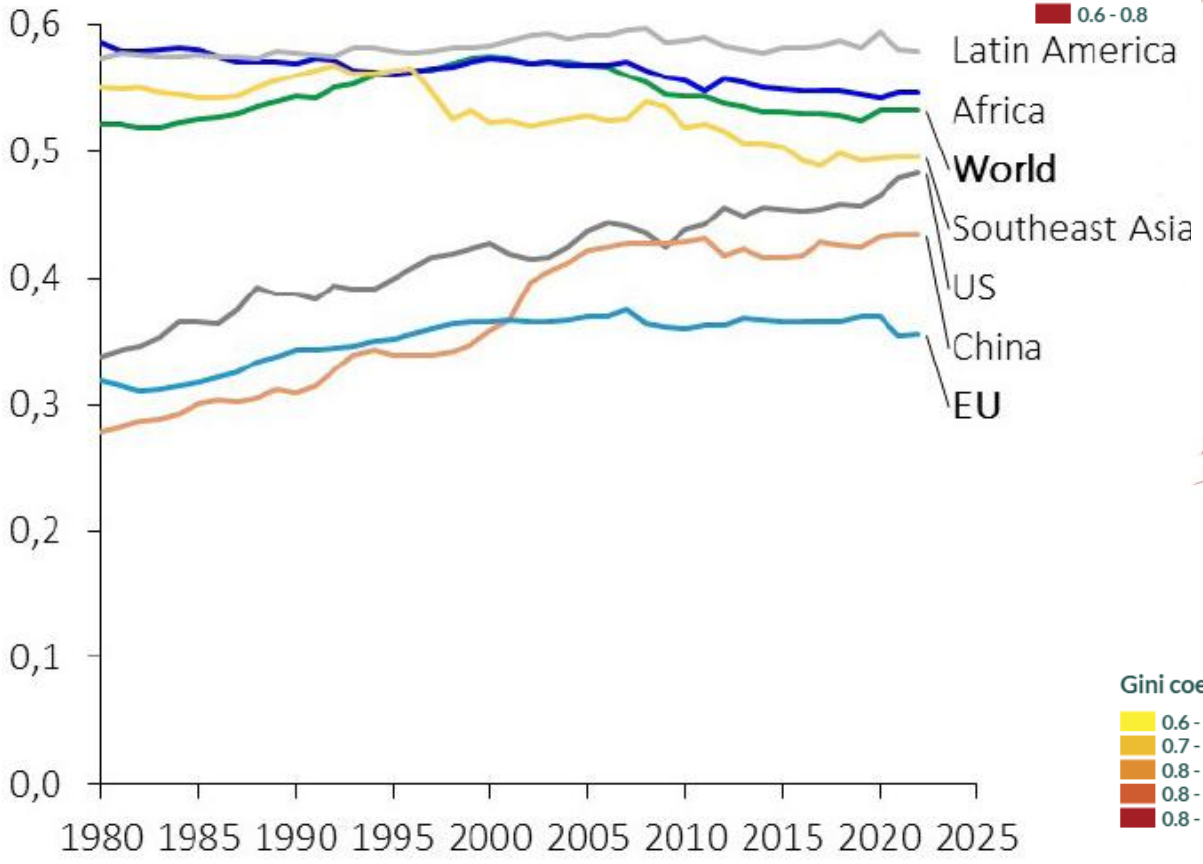
- Ungesünderer Lebensstil: Rauchen, Fettleibigkeit
- Kein allgemeiner Zugang zu Gesundheitsleistungen, hoher Anteil von Armut und ökonomischer Ungleichheit
- Höchste Kindersterblichkeit der entwickelten Länder, gleich wie China
- Mehr als achtfach höhere Rate an Todesfällen wegen Opioid Überdosen
- Mehr als vierfach höhere Rate an Tötungsdelikten
- Mehr als doppelt höhere Rate an Todesfällen im Verkehrsbereich
- Höhere Rate an Selbsttötungen
- Stark privatisiertes Gesundheitswesen

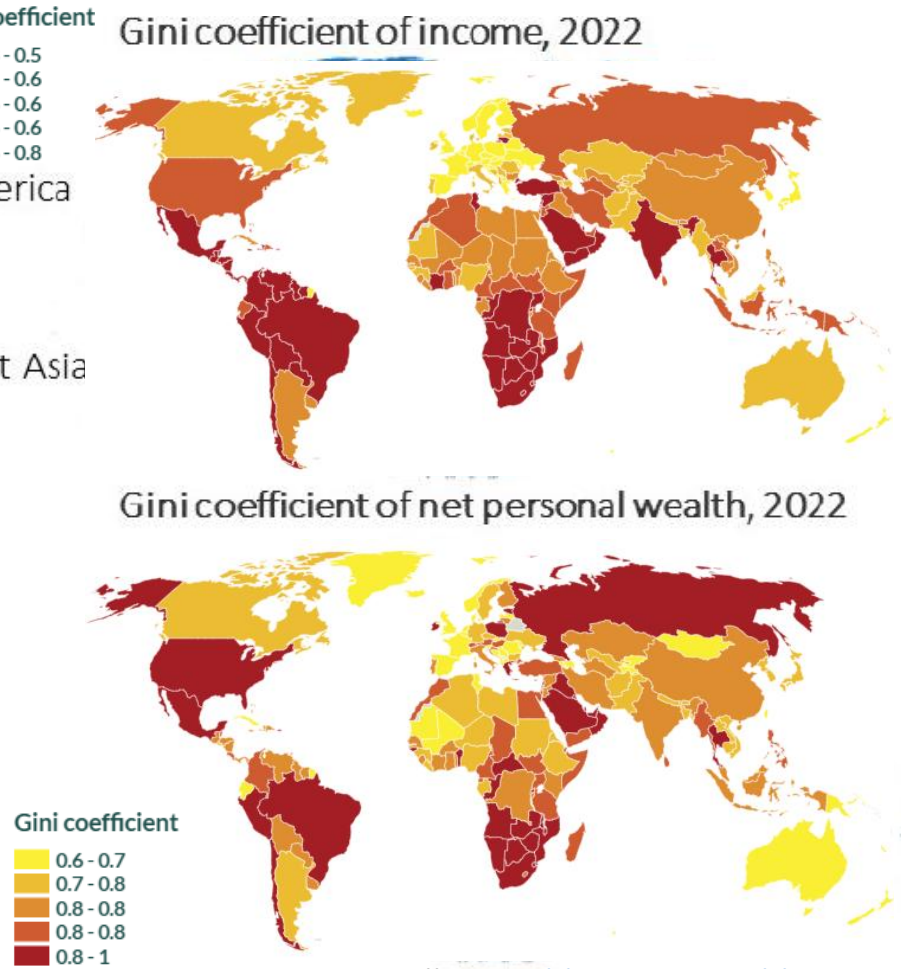
Quelle: Life expectancy in the US lower than other rich countries (OWID)



EU mit grösstem sozialem Ausgleich: Wer soll wieviel wachsen?

EU hat relativ ausgeglichene Einkommen/Löhne/Vermögen **aufgrund 10% oberste Einkommen** und **Gini-Koeffizient.**
Weltweit (grüne Kurve): Gerechtere Verteilung mit mehr Beschäftigten, höheren Einkommen.
USA: Starke Zunahme der Ungleichheiten. Ausgeprägte Oligarchie: Dramatische Folgen auf Wirtschaft, Politik.





Gini-Koeffizient:

0: Vollständige Gleichverteilung, d.h. alle Individuen gleiches Einkommen oder Vermögen.

1: Maximale Ungleichheit, eine Person besitzt das gesamte Einkommen oder Vermögen, alle anderen haben nichts.

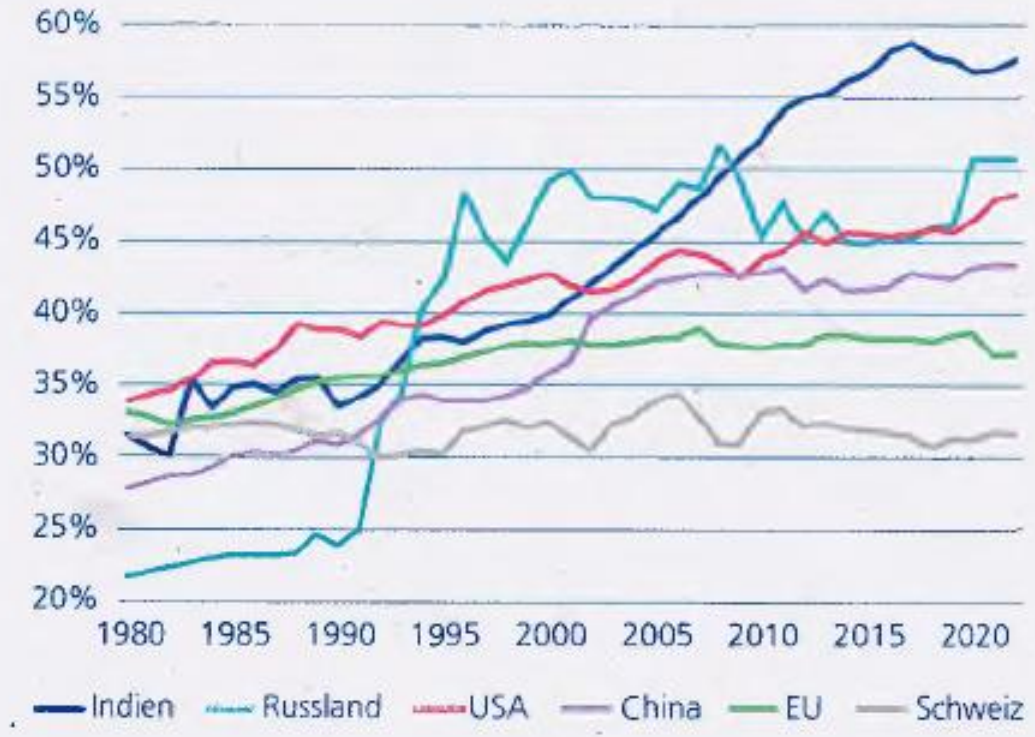
Quelle: World - WID - World Inequality Database

Weltweite Zunahme von Einkommensungleichheiten. EU nur moderat.

Höhere Ungleichheiten schaffen mehr gesundheitliche, soziale und politische Probleme.

Grafik 3: Die höchsten Einkommen sind stark gestiegen

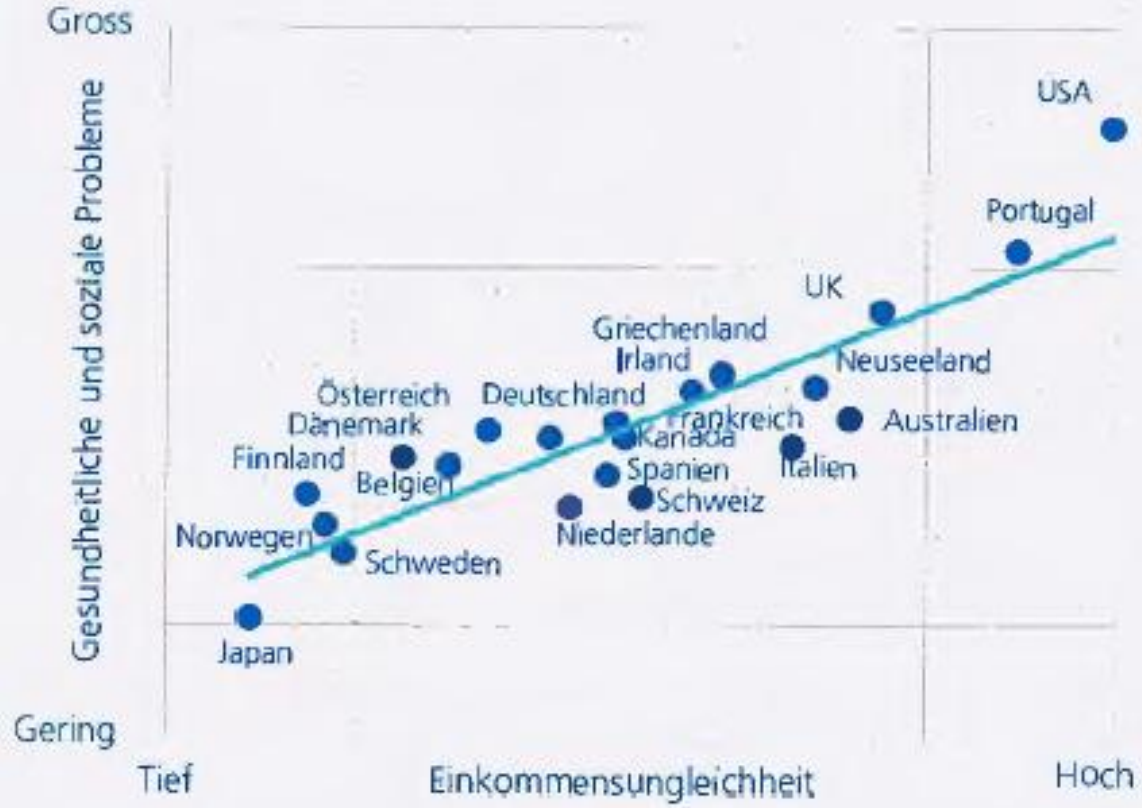
Anteil der 10% höchsten Einkommen am Gesamteinkommen



Quellen: Zürcher Kantonalbank, World Inequality Database

Grafik 4: Ungleichheit geht mit vielen Problemen einher

Standardisierte Werte für ausgewählte Industrieländer



Quellen: Zürcher Kantonalbank, Wilkinson & Pickett

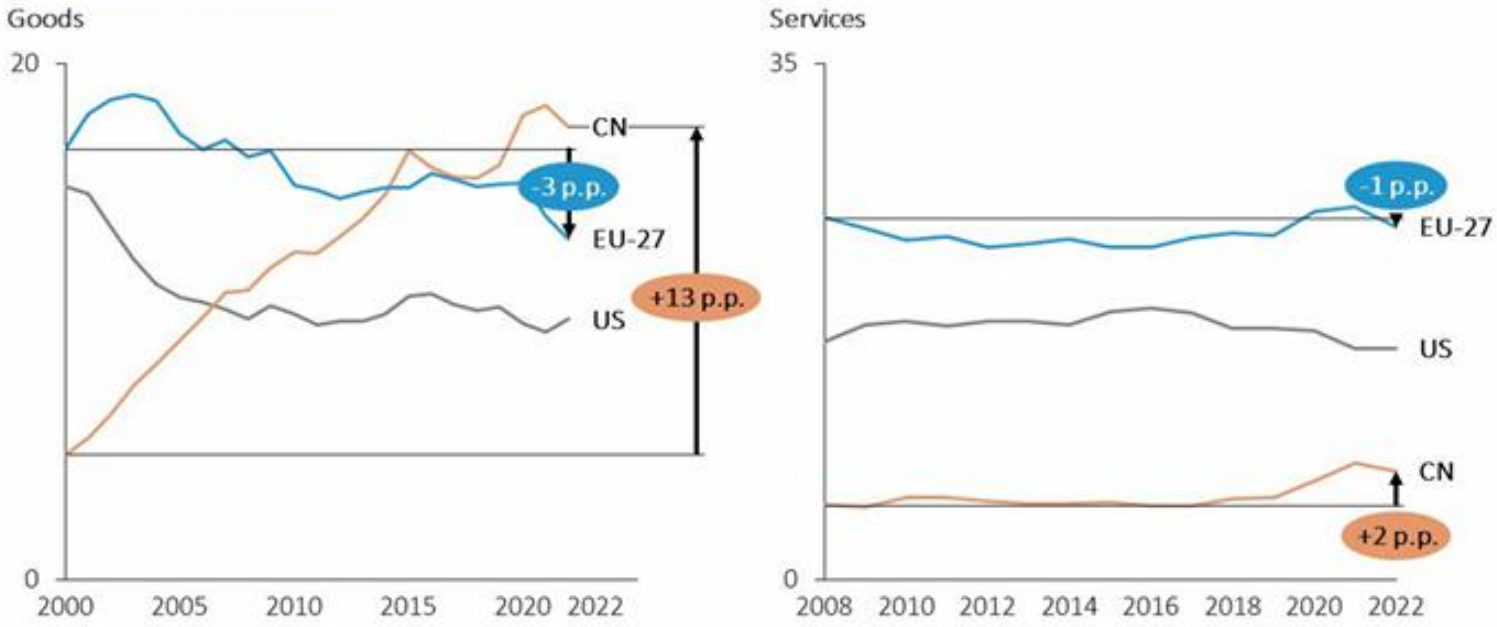
1. EU-Herausforderung: Innovationen beschleunigen, neue Wachstumsmotoren finden.

- Wettbewerbsfähigkeit EU unter Druck:
  1. Schwächere Auslandnachfrage – insbesondere aus China wegen Geringerem Wachstum, Substitution Nachfrage.
  2. Wachsender Wettbewerbsdruck chinesischer Unternehmen. Fast 40 % der Sektoren steht 2024 (2002 noch 25%) direkt unter chinesischem Druck.
  3. Anteil der EU am Welthandel nimmt ab. Siehe Abbildungen.
- Position EU fortschrittliche Technologien verschlechtert.
  - Nur vier der 50 größten Technologie-unternehmen der Welt sind europäisch.
  - Der Anteil an weltweiten Technologieeinnahmen sank 2013 bis 2023 von 22 % auf 18 %, während der US-Anteil im gleichen Zeitraum von 30 % auf 38 % stieg.
- Forderungen:
  - Innovationsgeschwindigkeit erhöhen.
  - Neue bahnbrechende Technologien entwickeln.
  - Digitale Revolution mit künstlicher Intelligenz (KI) nutzen, forcieren.
  - Industrielles Potenzial wiederherstellen.

FIGURE 5

Share in world trade in goods and services

% of global trade, excluding intra-EU trade



Note: The data refers to goods trade (lhs) and services trade (rhs), excluding intra-EU. The global total is the net of intra-EU trade.

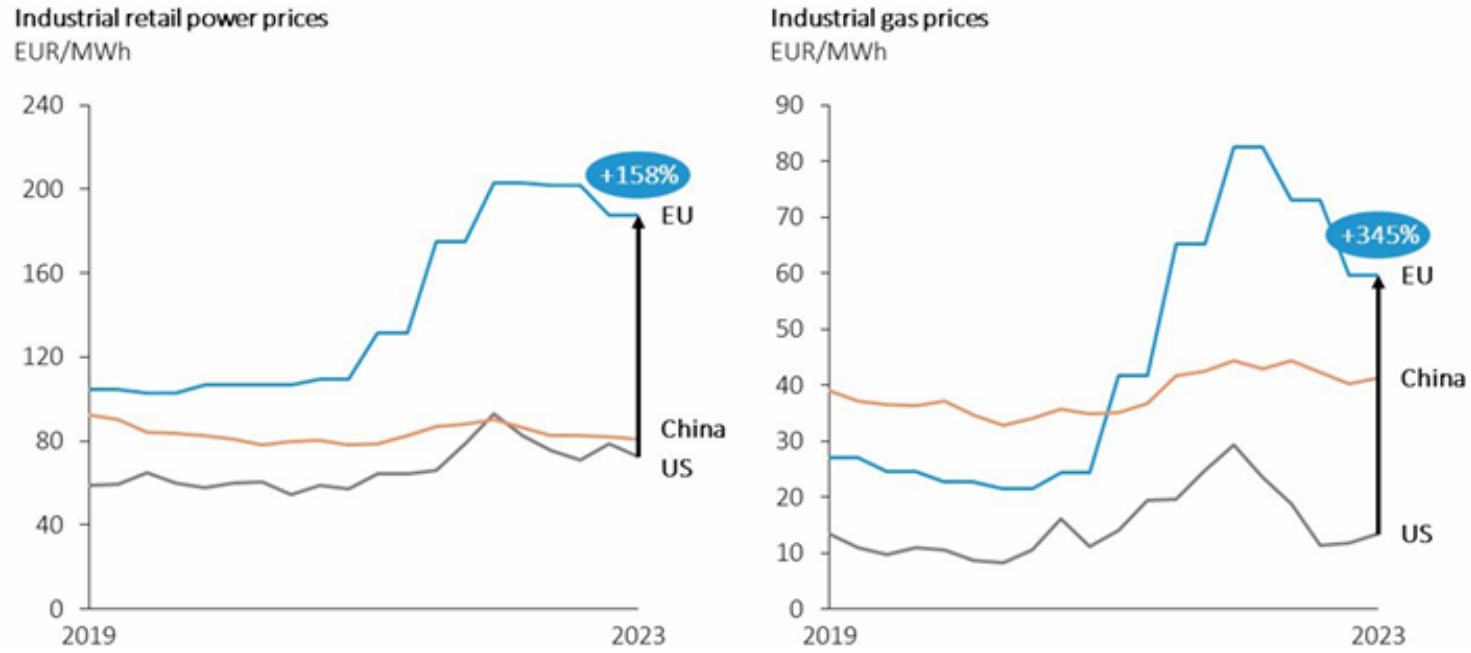
Source: European Commission (JRC). Based on WTO.

2. Hohe Energiepreise (Kosten?) senken Dekarbonisierung, Kreislaufwirtschaft als Chance nutzen.

- Ukraine-Krieg: Billiges Gas weg ⇨ EU-Strompreise zwei- bis dreimal höher als USA.
- Erdgaspreise: vier- bis fünfmal höher.
- Energieintensive Industrien EU: höhere Investitions-kosten für Dekarbonisierung
- Wettbewerb mit China in Zukunftsbranchen nimmt massiv zu:
  - Erfolgreiche CN-Industrie-politik
  - schnelle Innovationen.
  - Kontrolle über Rohstoffe, Produktionsketten in China

FIGURE 6

Gas and retail price gap for industry



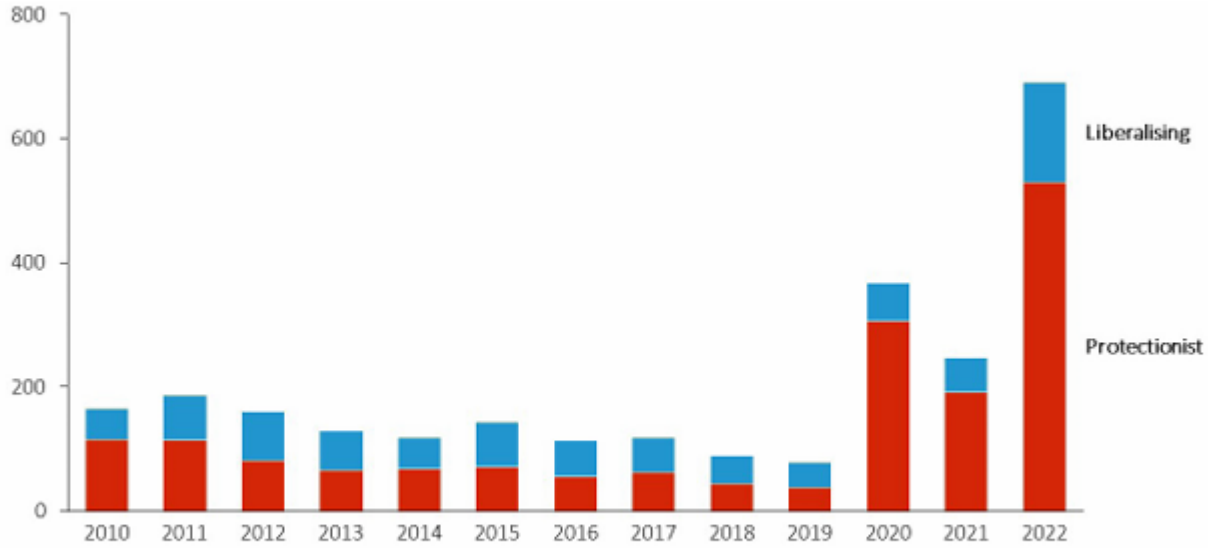
Source: European Commission, 2024. Based on Eurostat (EU), EIA (US) and CEIC (China), 2024.

3. Europa: Reaktion auf instabile Geopolitik - Zunahme Protektionismus

- **Kein Verlass auf USA** als „Partner“: Grosse Gefahr geo-, handelspolitisches Chaos.
- **Aufbau EU-Sicherheits- und Verteidigungspolitik** nötig: Steigerung Verteidigungsausgaben. Weit bessere Koordination der Rüstungsbeschaffung nötig – weniger nationale Alleingänge.
- **China dominiert Markt** für viele **zentrale Technologien**, **Mineralien** bei Schürfung, Verarbeitung.
- Globale Player wollen Abhängigkeiten reduzieren, eigenen Handlungsspielraum vergrössern.
- **USA** will heimische Kapazitäten z.B. für Produktion Halbleiter, Energie stärken, kritische Lieferketten dominieren.
- **China** strebt technologische Autarkie und eine vertikale Integration der Lieferketten an – von der Rohstoff-förderung über die Verarbeitung bis hin zu Produktion und Transport.

FIGURE 7

Trade policy interventions



Note: Measures include tariffs, export-related measures, subsidies, contingent trade-protective measures, and trade-related investment measures.

Source: Global Trade Alert, 2024.

Fazit: EU-Binnenmarkt, Verhältnis zur Schweiz

1. EU-Binnenmarkt ist grundsätzlich ein **Erfolg.** In den ersten Jahren wurde eine **optimalere Faktorallokation** (Arbeit, Kapital) mit Straffung von Normen realisiert ohne nationale und regionale Eigenheiten zu verlieren.
2. **Hohe Erwartungen** an EU-Binnenmarkt (BIP, Tech-GAP) **nie voll erfüllt**. Implementation teilweise erreicht.
3. In jüngerer Zeit wird eine **zu hohe Regelungsdichte** beklagt. Es werden Vereinfachungen und die Beseitigung von Überschneidungen angestrebt.
4. Schweiz/EU: **Autonomer Nachvollzug** EU-Gesetzgebung dominiert. **Verhältnis zur EU offen**. Entscheide stehen an: Bilaterale III, Erosion Bilaterale, EWR-, EU-Beitritt, Freihandelsabkommen?
5. **EU-Produktivität, -BIP-Wachstum** sind seit Ende der 90-er Jahren bedroht: **Massiver Tech-GAP**.
6. Die **Wohlfahrt der EU-Länder** ist weltweit vielfach **Spitze** bezüglich Gesundheit, Bildung Umwelt, Rechtsstaatlichkeit und sozialem Ausgleich. Uneinheitliche regionale Ausprägung.
7. EU steht vor grossen **Herausforderungen**:
   - **Wettbewerbsfähigkeit, Technologieführerschaft** in zentralen Beiche verloren. Mehr Wachstum, höhere Produktivität und Tech- und Innovationsoffensiven sind gefordert.
   - **Energiekosten** im internationalen Kontext hoch. **Dekarbonisierung, Kreislaufwirtschaft** als Chance nutzen.
   - **Geopolitische Neudefinition:** Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Stärkere Unabhängigkeit im Energie- und Ressourcenbereich.

Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Feedbacks sind erwünscht. Bitte an ruedimeier@bluewin.ch

Weitere Unterlagen, Informationen zu den Themen

- «Energie/Klima»
  «Erfolgsmodell Schweiz»
  «Migration»

Auf www.energie-wende-ja.ch

Und/oder www.ruedimeier.ch

Bemerkungen

Sehr geehrte Frau Marchon Operation Liberao

Für ihr Feedback danke ich Ihnen bestens.

Ihre erste Bemerkung werde ich sicher aufnehmen. Das ist ein guter Punkt. Ich werde auf den “Zeitplan” verweisen

- Die beiden SVP-Initiativen sollten nach meiner Meinung mit griffigen **direkten** Gegenvorschlägen gekontert werden. Ua. Müssten mengenmässige Limiten festgelegt warden. Das Thema und die Brisanz wird poltisch nach wie vor völlig unterschätzt. Im Referat zur “Bewertung der Migration” (siehe Attach) wird ab Folie 46 eine Zusammenfassung der Interessenlagen vorgenommen: Die breite Bevölkerung profitiert nur sehr beschränkt von der forcierten Migration. Das wird auf das Abstimmungsresultat durchschlagen

- Im mündlichen Vortrag werde ich die Befürworter und Gegner der Bilaterlen III erwähnen und kurze Einschätzungen vornehmen. Zur Zeit sehe ich bei den Befürwortern kein Konzept das aufzeigt, wie sie die Abstimmung zu den Bilateralen III gewinnen werden könnte. Das Fazit im Teil 4 versucht darauf hinzuweisen.

Alles Gute, freundliche Grüsse

Ruedi Meier

Der innenpolitische Blick nach vorne. In anderen Worten: Welche politische Agenda erwartet uns bei den Bilateralen III? Eingeleitet wurden nun der Ratifizierungs- und Unterzeichnungsprozess in der EU und in der Schweiz. Die Finalisierung und Übersetzung der Abkommen wird im Frühling 2025 erwartet. Auf EU-Seite muss die Europäische Kommission anschliessend dem Rat die Abkommen zur Unterzeichnung vorlegen. Erst dann kann die Kommission sie im Namen der EU unterzeichnen. Der Rat kann noch das Europäische Parlament um seine Zustimmung ersuchen. Bei uns werden die Abkommen voraussichtlich erst 2026 ins Parlament geschickt. Das bedeutet, die Bilateralen III werden nicht vor den eidgenössischen Wahlen im Herbst 2027 zur Abstimmung kommen. In der Zwischenzeit kommen jedoch sehr wahrscheinlich die drei SVP-Initiativen (Nachhaltigkeitsinitiative, Neutralitätsinitiative und Grenzschutz-Initiative) an die Urne. Der Ausgang dieser Abstimmungen könnte weitreichende Konsequenzen auf die Bilateralen III haben.

Und ein zweiter Punkt: Aus ganz persönlicher Perspektive meiner Rolle bei Operation Libero würde ich mich natürlich sehr freuen, wenn beim Thema “Befürworter der Bilateralen III” erwähnt wäre, dass sich aus der Zivilgesellschaft durchaus NGOs und politische Bewegungen für die Bilateralen III einsetzen. Das ist allerdings ohne grosse Unterstützung aus der Wirtschaft und Politik aktuell ein Kampf von David gegen Goliath.